

Zwischenbericht 2004

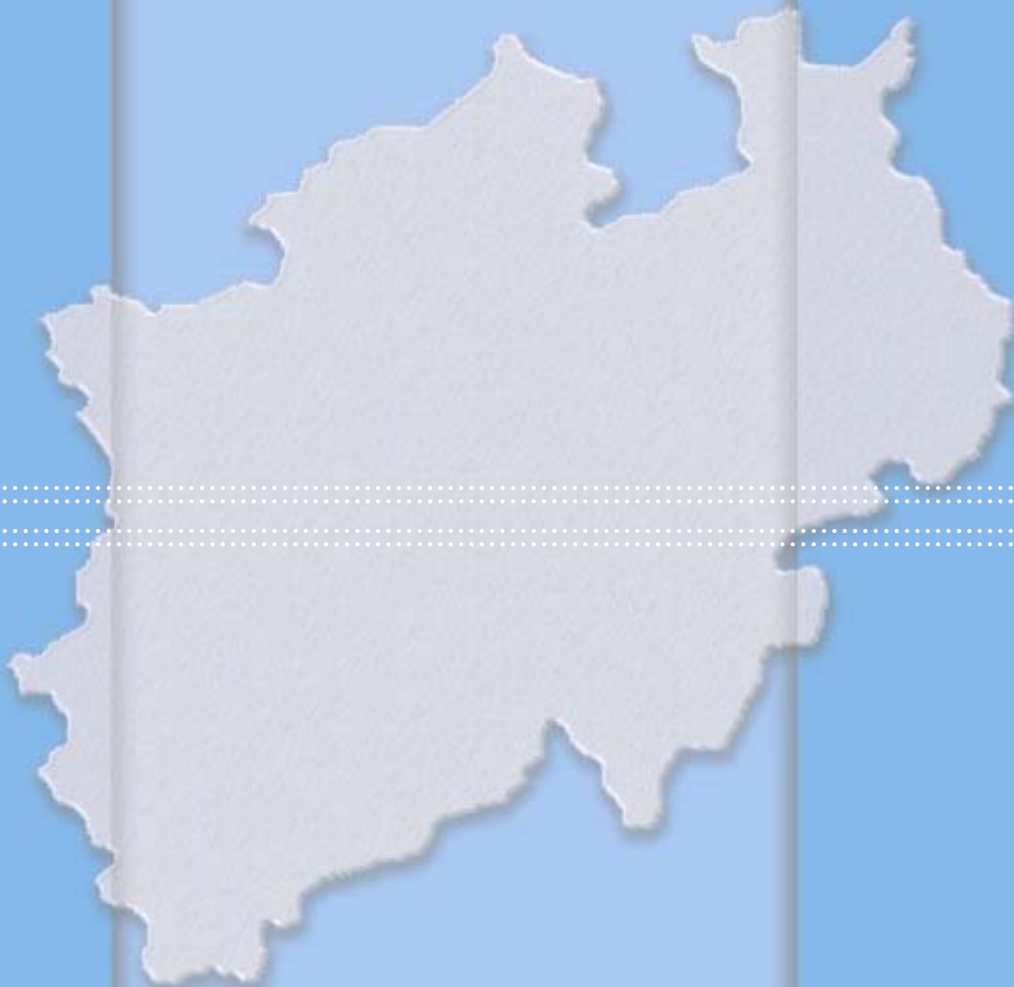
*Entwicklungen und Analysen des Extremismus in
Nordrhein-Westfalen*

Verfassungsschutz des Landes Nordrhein-Westfalen
Im September 2004
www.im.nrw.de/verfassungsschutz



Innenministerium
des Landes
Nordrhein-Westfalen

NRW.



Inhalt

1	Entwicklungen im Extremismus und in der Spionageabwehr	2
1.1	Rechtsextremismus	2
1.1.1	Rechtsextremistische Parteien.....	2
1.1.2	Verbreitung rechtsradikaler Propaganda über den Internetwurm Sober.H.....	5
1.1.3	Neonazis.....	5
1.2	Linksextremismus	6
1.2.1	Linksextremistische Parteien bei der Europawahl	6
1.2.2	Autonome.....	7
1.3	Islamismus	8
1.3.1	Internationales terroristisches Netzwerk	8
1.3.2	Kalifatsstaat.....	10
1.3.3	Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG).....	11
1.3.4	Nahostkonflikt.....	11
1.4	Ausländerextremismus	12
1.4.1	Volksmojahedin Iran-Organisation; Nationaler Widerstandsrat Iran	12
1.4.2	Revolutionäre Volksbefreiungspartei- Front, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten; Maoist Kömünist Partisi; Marxistisch Leninistische Kommunistische Partei.....	13
1.4.3	Kurdischer Volkskongress (KONGRA-GEL).....	14
1.4.4	Liberation Tigers of Tamil Eelam.....	15
1.5	Bilanz der Spionageabwehr und der Public-Private-Partnership "Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität" für die Jahre 2002 bis 2004	16
1.6	Politisch motivierte Kriminalität	18
1.6.1	Gesamtentwicklung	18
1.6.2	Phänomenbereiche	20
1.6.3	Themenfelder	21
1.7	Bericht des Justizministeriums.....	22
2	Die Internationalisierung des Rechtsextremismus	23
3	Das Projekt Schulhof: Aktuelles Beispiel der "Erlebniswelt Rechtsextremismus"	29
4	Linke zeigen Flagge – der interne Konflikt mit den Antideutschen	32
5	Das Terrornetzwerk um Usama Bin Laden – ideologische Grundlagen und aktuelle Entwicklungen	39
6	Die föderale Sicherheitsarchitektur – Ein Modell mit Zukunft für den Verfassungsschutz?	43
7	Kosovo-albanischer Extremismus in Nordrhein-Westfalen?	48

1 Entwicklungen im Extremismus und in der Spionageabwehr

1.1 Rechtsextremismus

1.1.1 Rechtsextremistische Parteien

Die Lage der rechtsextremistischen Parteien ist weiterhin durch sinkende Mitgliederzahlen und auch zum Teil fortbestehende innerparteiliche Streitigkeiten gekennzeichnet. Allerdings dürften die finanziellen Probleme zumindest vorläufig überwunden sein. Den Parteien ist es bei den Wahlen zum Europaparlament gelungen, die Voraussetzungen für die staatliche Parteien(teil)finanzierung zu erfüllen.

Europawahl 2004

Die 'Nationaldemokratische Partei Deutschland' (NPD), die 'Republikaner' (REP) und das 'Bündnis für Deutschland' (BfD) haben an der Europawahl am 13. Juni 2004 teilgenommen.

Die NPD hat ihr Minimalziel, von der staatlichen Parteien(teil)finanzierung profitieren zu können, klar erreicht. Gegenüber der letzten Europawahl am 13. Juni 1999 steigerte sie ihr Ergebnis auf Bundesebene von 0,4% (absolute Stimmenzahl 107.662) auf 0,9% (241.678 Stimmen). Ihr bestes Ergebnis auf Landesebene erreichte die NPD mit 3,3% in Sachsen. In den "alten" Bundesländern schnitt sie mit 1,7% im Saarland am besten ab.

In NRW blieb das Ergebnis mit 0,6% (31.600 Stimmen) – wie auch bei vorangegangenen Wahlen – deutlich hinter dem Bundesergebnis zurück. Bei der Wahl im Jahre 1999 hatte die NPD in NRW 0,3% Stimmenanteil (14.374 Stimmen) erreicht.

Erst zwei Tage vor der Wahl hatte das Bundesverfassungsgericht einen Beschluss bekannt gegeben, wonach die Organklage der NPD gegen die 5%-Sperrklausel bei der Europawahl unzulässig sei, weil sie zu spät eingereicht wurde.

Die NPD selbst hielt sich mit einer offiziellen Bewertung ihres Wahlergebnisses bisher zurück.

Die REP erzielten auf Bundesebene ein Ergebnis von 1,9% und können ihrerseits von der staatlichen Parteien(teil)finanzierung profitieren. Sie verdanken ihr Abschneiden primär ihren Hochburgen in den bevölkerungsreichen "alten" süddeutschen Ländern Bayern und Baden-Württemberg sowie den überdurchschnittlichen Ergebnissen in Hessen und Rheinland-Pfalz (in Verbindung mit der hohen Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz). Die Wahlergebnisse der REP blieben in NRW mit 1,2% trotz vergleichsweise hoher Wahlkampfpräsenz mit entsprechenden Schwerpunkten insbesondere im Ruhrgebiet unterhalb des bundesweiten Durchschnitts. Nur die bedingt erfolgreiche Ansprache einzelner REP-Hochburgen, in denen die Partei zum Teil über Kommunalmandate verfügt, konnte ein weiteres Absinken in NRW verhindern. Den besten Ergebnissen in NRW (Wuppertal mit 2,2%, Gelsenkirchen mit

3,0%, Hagen mit 2,2 %, Hamm mit 2,2% und Herne mit 3,1) stehen die in Pirmasens erzielten fast 10,6% deutlich gegenüber. Das Ergebnis der Europawahl bestätigt, dass die REP mit Ausnahme weniger Großstädte tatsächlich nur über eine dünne Infrastruktur in NRW verfügen. Das in NRW vorhandene Wählerpotenzial der REP rekrutiert sich – das gilt insbesondere für den Zugewinn – kaum aus überzeugten Anhängern der Partei, sondern hauptsächlich aus Protestwählern, die mit ihrem Wahlverhalten die ursprünglich favorisierten und auch von den REP gezielt angegriffenen "etablierten Parteien" temporär treffen wollten.

Der REP-Bundesverband sah sich in einer ersten Reaktion auf den Ausgang der Europawahl wieder "im Aufwind". Die nordrhein-westfälische Spitzenkandidatin der REP bei der Europawahl – Winkelsett – erklärte, die REP sehen sich "gestärkt und konsolidiert". "Wir haben gezeigt, daß wir wieder Stimmen zulegen können." Die REP würden bei den kommenden Wahlen "alles daransetzen, das große Potential der Protest- und Nichtwähler noch besser anzusprechen". Inhaltliche Schwerpunkte werde man auf "soziale Themen" legen und "Gerechtigkeit für die einheimische Bevölkerung bei der Reform der sozialen Sicherungssysteme einfordern."

Das 'Bündnis für Deutschland' (BfD) konnte trotz Minimallogistik mit insgesamt 0,5% (NRW 0,4%) einen Achtungserfolg erringen. Da das BfD über eine sehr dünne Mitgliederstruktur mit einhergehender schwacher Finanzlage verfügt und somit keine größere Parteienwerbung (1 Fernseh- und 1 Radiospot) bestreiten konnte, ist dieser Erfolg ausschließlich mit der Ansprache von Protestwählern mittels gezielter Aufnahme des Zusatzlogos "Liste gegen Zuwanderung ins soziale Netz" in den Parteinahmen (mit entsprechender Wiedergabe auf dem Stimmzettel und "Werbeeffect") zu erklären. Der vergleichsweise hohe Wählerzuspruch wurde auch im rechtsextremistischen Parteienspektrum diskutiert und gerade im Hinblick auf den faktisch nicht vorhandenen Wahlkampfeinsatz des BfD in Relation zu bundesweiter Präsenz der "größeren" rechten Parteien mit Unverständnis – teilweise sogar Enttäuschung – aufgenommen. Das BfD kann auf Grund des Ergebnisses mit Wahlkampfkostenerstattung rechnen.

Wahlabsprache zwischen der DVU und der NPD

Die Vorsitzenden der 'Deutschen Volksunion' (DVU) und der NPD unterzeichneten am 23. Juni ein Abkommen in dem sie vereinbarten, sich bei den am 19. September 2004 stattfindenden Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen nicht durch gleichzeitige Kandidaturen zu behindern.

Die Initiative zu dieser Wahlabsprache ging einer im Internet veröffentlichten Mitteilung der NPD zufolge vom NPD-Parteipräsidium aus. Man habe mit dieser Initiative verhindern wollen, dass die DVU gerade dort antritt, wo die NPD am stärksten ist und nach über 30 Jahren wohl erstmalig die Chance erhält, nationale Politik in den Landtag zu tragen. Die DVU stellt in der auf ihrer Homepage veröffentlichten Erklärung fest, nichts sei angesichts der ernsten Lage für Volk und Vaterland so wichtig, wie die Überwindung der kräfteaubenden Konkurrenz der nationalen Parteien bei Wahlen. Nun sei zu hoffen, dass sich auch bei den REP jene Kräfte durchsetzten, die das verhängnisvolle Gegeneinander der national Gesinnten überwinden wollen. Die Hand hierzu sei von DVU und NPD ausgestreckt.

In der Vergangenheit hatte es bereits mehrfach Wahlabsprachen zwischen den Parteien des rechtsextremistischen Spektrums gegeben. Das neue Wahlabkommen zwischen DVU und NPD ist sicherlich die Konsequenz aus den Ergebnissen der Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen vom 13. Juni, bei denen die rechtsextremistischen Parteien in den Regionen, in denen sie nicht im gegenseitigen Konkurrenzkampf angetreten sind, besonders deutliche Erfolge erzielen konnten. Dies könnte dazu führen, dass der DVU in Brandenburg, wo sie mit fünf Abgeordneten im Parlament vertreten ist, der Wiedereinzug in den Landtag gelingt. Erfahrungsgemäß hat sie dort, wo sie bereits vertreten ist, große Chancen, diesen Erfolg zu wiederholen.

NPD-Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum im 2. Anlauf vom Bundesverfassungsgericht genehmigt

Der NPD Landesverband hatte für den 13. und 20. März 2004 zwei Demonstrationen unter dem Motto "Stoppt den Synagogenbau – 4 Millionen fürs Volk!" angemeldet. Das Bundesverfassungsgericht lehnte den Antrag des NPD-Landesverbandes NRW auf Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen das vom PP Bochum erlassene Versammlungsverbot ab, weil das ursprüngliche Motto den Tatbestand der Volksverhetzung erfülle. Der alte Aufruf sei weiterhin in rechtsextremistischen Veröffentlichungen enthalten und dem Antragsteller zuzurechnen.

Nachdem der NPD-Landesverband NRW im ersten Anlauf mit der Demonstration gegen den geplanten Bau einer Synagoge in Bochum gescheitert war, konnte er im zweiten Anlauf mit einem geänderten und den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts entsprechenden Motto die Durchführung der Demonstration vor dem Bundesverfassungsgericht durchsetzen. Auch die zweite Demonstration war vom PP Bochum als "Ersatzveranstaltung" verboten worden. Gegen das Verbot und die sofortige Vollziehung hatte die NPD erneut den Rechtsweg beschritten und in letzter Instanz vor dem Bundesverfassungsgericht die Möglichkeit erhalten, ihre für den 26. Juni 2004 geplante Demonstration durchzuführen. Sie war mit ca. 220-250 Teilnehmern, von denen ca. 30-40% Anhänger der NPD/JN waren (der Rest waren "Freie Nationalisten"), vergleichsweise schwach besucht.

Die NPD bewertete die Demonstration in doppelter Hinsicht als Erfolg. Zum ersten Mal sei es dem Landesverband NRW gelungen, die Durchführung einer verbotenen Demonstration selbst vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) durchzusetzen. Außerdem sei mit der Thematik gewissermaßen ein "Tabubruch" gelungen. In einer Einstellung des von Neonazis betriebenen 'Nationalen Infotelefon Rheinland' heißt es:

"Die Reaktionen des Staates, sowie der Medien und der Antifa im Vorfeld und im nachhinein beweisen, dass mit der Veranstaltung ein Stachel ins Fleisch des Systems getrieben und für den Nationalen Widerstand ein "Dambruch" erreicht wurde".

Durchsuchung bei Nutzern der Internet-Tauschbörse "Kazaa"

In einer vom Bundeskriminalamt koordinierten Aktion wurden bundesweit 333 Wohnungen von Anbietern rechtsextremistischer Musik im Internet durchsucht, davon 81 Objekte in NRW. Die Internet-Tauschbörse "Kazaa" ist eines der beliebtesten Internettauschprogramme. Regelmäßig sind zwischen rund 2,5 und 3,5 Millionen Kazaa-Nutzer online. Nutzer von Kazaa oder ähnlichen Programmen können Dateien jeglicher Art untereinander austauschen. Standardmäßig werden Dateien, die der Nutzer über die Tauschbörse heruntergeladen hat, in einem speziellen Ordner der Festplatte gespeichert und wiederum anderen Nutzern zum Download zur Verfügung gestellt. Dadurch wird jeder Nutzer auch zum Anbieter. Zu einem Großteil werden bei Kazaa Musikdateien getauscht, hierunter befinden sich auch rechtsextremistische Musikstücke.

Bei den Durchsuchungsaktionen wurden regelmäßig die in der jeweiligen Wohnung festgestellten Computer beschlagnahmt. Gegen die Beschuldigten wurden ferner Ermittlungsverfahren wegen des Verstoßes gegen § 130 StGB (Volksverhetzung) eingeleitet. In einigen Fällen führten Zufallsfunde zur Beschlagnahme von CDs. Die Ermittlungen richteten sich zunächst gegen die Inhaber der Telefon- und Internetanschlüsse. Im Zuge der weiteren Ermittlungen ergab sich dann, dass es sich bei den Tätern oft um die im Haushalt lebenden Kinder oder andere Personen handelt. Insgesamt sind die Tatverdächtigen zu einem Großteil Jugendliche beziehungsweise junge Erwachsene, die bisher im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Delikten nicht in Erscheinung getreten sind.

1.1.2 Verbreitung rechtsradikaler Propaganda über den Internetwurm Sober.H.

Erstmals am 10. Juni 2004 wurde die massenhafte Verbreitung von E-Mails mit rechtsradikalen Inhalten festgestellt. Ursache der Mailflut ist die Infizierung vieler Rechner mit dem Internet-Wurm Sober.H. Sober.H wird auf bereits mit seinem Vorgänger Sober.G infizierten Windows-Computersystemen durch diesen Wurm aus dem Internet nachgeladen und installiert. Nach seiner Installation deaktiviert Sober.H seine Vorgängerversion. Sober.H versendet dann verschiedene E-Mail-Nachrichten mit fremdenfeindlichen Inhalten. Diese E-Mails selber enthalten keinen infizierten Anhang und führen daher auch nicht zu einer Infizierung der Adressaten-Computer. Zur Verbreitung sucht Sober.H auf infizierten Rechnern E-Mail-Adressen und sendet E-Mails an alle von ihm gefundenen Adressen. Beim Versand der Nachrichten fälscht Sober.H die Absenderadressen. Dabei verwendet er teils auf dem betroffenen System gefundene, teilweise aber auch neu generierte und nicht existierende Absenderadressen. Die Herkunft dieser diffamierenden E-Mail-Nachrichten kann demnach nicht aus dem Absenderfeld der Nachricht entnommen werden.

Ein Schutz vor dem Missbrauch der eigenen E-Mail-Adresse ist aufgrund der durch den Wurm vorgenommenen Fälschung des Absenders nicht möglich. Die mit technischer Raffinesse durchgeführte Propagandaaktion verdeutlicht die gestiegene Professionalität von Rechtsextremisten bei der Nutzung moderner Kommunikationsmedien

1.1.3 Neonazis

Die Neonazi-Szene in NRW stagniert weiterhin. Darüber täuscht auch nicht die Tatsache hinweg, dass sie ihre öffentlichkeitswirksamen Aktionen bundes- wie landesweit im ersten Halbjahr 2004 fortsetzte:

- : 17. April 2004 zwei Versammlungen in Gladenbach und Marburg/Hessen mit jeweils ca. 400 Szeneangehörigen;
- : 1. Mai 2004 in Leipzig unter dem Motto "Arbeit für Millionen statt Profit für Millionäre!" mit ca. 1.000 Teilnehmern aus der Szene;
- : 8. Mai 2004 in Marienfels/Rheinland-Pfalz aus Anlass der Zerstörung eines Mahnmals des 1. SS-Panzerkorps;
- : 3. Juni 2004 in Dortmund Protest von ca. 65 Angehörigen der rechtsextremen Szene gegen eine Tagung des "Kommunikativen Bildungszentrums e. V." über "Das Versteckspiel – Symbole, Codes und Lifestyle der extremen Rechten";
- : 19. Juni 2004 in Dortmund Versammlung unter dem Motto "Nein zu Multi-Kulti" mit ca. 300 Teilnehmern;
- : 17. Juli 2004 in Gladenbach eine Kundgebung unter dem Motto: "Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht" unter Beteiligung von 100 Szeneangehörigen.

Mit einem Beitrag in der Internet-Ausgabe des NPD-Parteiorgans 'Deutsche Stimme' (Ausgabe Mai 2004) rief der Hamburger Neonazi Thomas Wulff vom 'Aktionsbündnis Norddeutschland', dazu auf, alle nationalen Kräfte zu bündeln und eine "Volksfront von Rechts" zu schaffen. In dem Artikel stellte er fest, der Kampf um Heimat und Volk sei in eine – für die ganze nationale Opposition – interessante Phase getreten. Es wäre daher notwendig, mit größtmöglicher Geschlossenheit aufzutreten, um in der kommenden Zeit als Sammelbecken für die protestierenden Volksschichten fungieren zu können. Er rufe daher die "Freien Kameradschaften" ebenso wie die Parteiorganisation dazu auf, eine "Volksfront von Rechts" aufzubauen. Gemeinsam mit anderen bekannten Freien Nationalisten habe er mit dem NPD-Bundesvorsitzenden über die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit aller relevanten Oppositionskräfte gesprochen. Er weist in diesem Zusammenhang auf die NPD-Demonstration am 1. Mai in Berlin hin, an der man ein gemeinsames Zeichen setzen wolle. Eine Distanzierung des Nationalen Widerstandes von der NPD führe letztlich nur dazu, dass dieser sich selbst schwächen würde. Der Aufruf für diese "Volksfront

von Rechts" hatte keinen durchgreifenden Erfolg, wie die 1. Mai-Demonstrationen in Berlin (NPD mit Neonazis/Wulff) und Leipzig (Neonazis/Worch) zeigten.

1.2 Linksextremismus

1.2.1 Linksextremistische Parteien bei der Europawahl

Im Mittelpunkt der politischen Arbeit der linksextremistischen Parteien standen im 1. Halbjahr die Europawahl und die Vorbereitungen auf die NRW-Kommunalwahl. Zur Europawahl 2004 hat es die europäische sozialistische/kommunistische Linke noch nicht geschafft, die schwächer werdenden Kräfte zu bündeln und europaweit gemeinsam anzutreten. Deshalb konkurrieren zwei Strömungen miteinander:

- : Linkssozialistische, trotzkistische und kommunistische Organisationen, die von einem antikapitalistischen Grundkonsens und zumeist revolutionären Vorstellungen ausgehen, haben sich seit Anfang 2000 in der EAL ('Europäische Antikapitalistische Linke') zusammengefunden. In Deutschland beteiligen sich als "Freundinnen und Freunde der EAL in Deutschland" die isl ('internationale sozialistische linke'), Vertreter der 'Deutschen Kommunistischen Partei' (DKP), des RSB ('Revolutionär Sozialistischer Bund'), der SAV ('Sozialistische Alternative Voran'), von 'Linksruck' und aus Redaktionen linker Zeitungen. Außerdem sind einige Einzelpersonen insbesondere aus sozialen und globalisierungskritischen Bewegungen aktiv und aus der 'Partei des Demokratischen Sozialismus' (PDS) auch Vertreter des "Geräer Dialog/Sozialistischer Dialog" und des "Marxistischen Forums".
- : An dem Projekt EAL hat sich die PDS als Gesamtpartei nicht beteiligt. Stattdessen hat sie die Initiative zur Gründung der EL ('European Left/Partei der Europäischen Linke') ergriffen und am 10. Januar 2004 vor allem ehemalige kommunistische und sozialistische Parteien aus West- und Osteuropa zu einer Gründungsversammlung nach Berlin eingeladen. Am 8./9. Mai fand in Rom unter Beteiligung der PDS der Gründungskongress der EL statt, an dem 300 Delegierte von 16 (post-)kommunistischen und linkssozialistischen Parteien aus 13 europäischen Ländern teilnahmen. Der Italiener Fausto Bertinotti wurde zu ihrem ersten Vorsitzenden gewählt.

Wahlergebnisse

Linksextremistische deutsche Parteien haben an der Europawahl 2004 mit unterschiedlichem Erfolg teilgenommen. Die PDS kann mit ihrem Abschneiden zufrieden sein. Sie erreichte einen Stimmenanteil von 6,1 % und wird im neuen Europaparlament mit 7 statt bisher 6 Abgeordneten vertreten sein. Aus Sicht des linken Parteiflügels ist es allerdings bemerkenswert, dass Stimmengewinnen in allen anderen Bundesländern Verluste gerade in den Ländern Berlin und Mecklenburg-Vorpommern gegenüberstehen, wo die PDS Regierungsverantwortung übernommen hat. Nach dem Ende der Programmdiskussion und dem Wiedereinzug in das Europäische Parlament ist in der Partei eine gewisse Beruhigung eingetreten. Für diese Stabilisierung "bezahlt" die PDS aber auch durch Austritte prominenter Personen auf Bundes- und Landesebene, die dem linken Parteiflügel zuzurechnen waren. Inzwischen hat die PDS durch die Proteste gegen die so genannten "Hartz IV-Gesetze" weiteren politischen Auftrieb erhalten, wobei sich der maßgebende Einfluss weitgehend auf die neuen Bundesländer beschränkt. Auch in NRW werden Demonstrationen von PDS-Mitgliedern mitorganisiert.

Auch in Nordrhein-Westfalen steigerte die Partei im Vergleich der beiden Europawahlen 1999 und 2004 ihren Stimmenanteil von 1,3% auf 2,1 %. Gemessen an den absoluten Stimmen blieb sie jedoch in NRW

mit 112.571 deutlich unter ihrem bisherigen Höchstergebnis bei der Bundestagswahl 1998 (131.550 Stimmen). Ihre besten Ergebnisse erzielte sie in kreisfreien Städten (Duisburg 4,3 %, Dortmund 3,8 %, Oberhausen 3,7 %). Die absolute Stimmzahl deutet darauf hin, dass es der Partei trotz der für sie günstigen Rahmenbedingungen nicht gelungen ist, wesentliche neue Wählerschichten zu erschließen.

Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen wird sich die PDS auf ausgewählte Schwerpunkte konzentrieren, in denen sie sich Aussichten für einen Einzug in die jeweiligen Räte ausrechnet. In einigen NRW-Städten haben sich bisherige Unterstützer der von der PDS dominierten 'Offenen Listen' bzw. kommunalen Wahlbündnisse aus der Zusammenarbeit zurückgezogen. Bei der Kommunalwahl wird es daher neben den PDS/Offenen Listen auch konkurrierende Kandidaturen der DKP und anderer Listen des linken bzw. linksextremistischen Spektrums geben.

Die erstmals seit 1990 wieder zu einer bundesweiten Wahl angetretene DKP erreichte bei der Europawahl 2004 nur einen Stimmenanteil von 0,1 % und wurde damit zu einer Splitterpartei. Die DKP selbst spricht von einem bescheidenen, aber nicht unerwarteten Ergebnis. Der DKP-Vorstand führt das schwache Abschneiden unter anderem darauf zurück, dass die Medien in der Endphase des Wahlkampfes "Gräuelmärchen über terroristische Kader" der DKP publiziert hätten. Gemeint sind veröffentlichte Erkenntnisse der "Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik". Sie hatte durch die Aufarbeitung von Stasiunterlagen weitere Hinweise auf eine Zusammenarbeit von SED und DKP bei der militärischen Ausbildung von DKP-Kadern für Sabotagezwecke in Westdeutschland erlangt.

Die trotzkistische 'Partei für soziale Gleichheit' (PSG), die ihren Sitz in Essen hat, erreichte in NRW und bundesweit einen Stimmenanteil von 0,1%. Lediglich in 10 Wahlbezirken kam sie dabei in NRW auf mehr als 100 Stimmen – so im Kreis Recklinghausen (172), in Köln (171), Duisburg (166) und Essen (155). Die PSG selbst feiert eine nahezu Verdreifachung ihres Ergebnisses gegenüber der Bundestagswahl 1998 (hier hat sie erstmals in 6 Ländern kandidiert) und der Europawahl 1994 – damals noch als 'Bund Sozialistischer Arbeiter' (BSA) als Erfolg. Auch stellt sie heraus, mit ihrem Wahlergebnis erstmals nahe an das Ergebnis der DKP herangerückt zu sein.

Gar nicht erst angetreten zur Europawahl 2004 war die 'Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands' (MLPD), da sie bei einem offenen Auftreten erfahrungsgemäß nicht auf Akzeptanz stößt. Die MLPD will ihre Isolierung durch das Engagement ihrer Mitglieder in der Frauen-, Jugend- und Betriebsarbeit durchbrechen. Besondere Aktivitäten werden im Hinblick auf die anstehende NRW-Kommunalwahl entfaltet. Nach dem Muster des Wahlbündnisses 'AUF Gelsenkirchen' – über AUF waren 1999 zwei MLPD-Mitglieder in den Rat der Stadt Gelsenkirchen gelangt – sind in mehreren NRW-Städten MLPD-Mitglieder in örtlichen Wählervereinigungen aktiv. Im April führte die MLPD unter konspirativen Umständen ihren VII. Parteitag in Magdeburg durch. Ideologisch ist die MLPD ihren überkommenen revolutionären Vorstellungen verhaftet geblieben. Zwar wurden einige Positionen im Zentralkomitee neu besetzt; die Führung ist aber seit der Parteigründung 1982 unverändert geblieben.

1.2.2 Autonome

Der seit längerem anhaltende Erosionsprozess der autonomen Szene hat sich weiter fortgesetzt. Nachdem im Vorjahr bereits mit der 'Antifaschistischen Aktion Berlin' die größte deutsche Antifagruppe in Lager zerfallen war, haben sich im April 2004 die überregional bedeutsame 'Antifa K' in Köln und mit der 'Autonomen Antifa [M]' aus Göttingen eine der bundesweit dominierenden Gruppen aufgelöst beziehungsweise gespalten. Dies dürfte zum einen darauf zurück zu führen sein, dass in den 80er und 90er Jahren entwickelte Lebens- und Verhaltensmuster teilweise als überholt angesehen werden; zudem hat der Fundamentalstreit innerhalb der linken Szene zwischen den strikt pro-israelischen so genannten Antideutschen und den klassischen Antiimperialisten unversöhnliche Gegensätze aufgeworfen und zu heftigen internen Auseinandersetzungen geführt. Bisheriger Höhepunkt des Streits innerhalb des linksextremisti-

schen Lagers war eine Demonstration antideutscher Gruppen am 10. Juli in Berlin gegen antisemitische Tendenzen anderer linker Szenekreise. Ein großes Polizeiaufgebot musste – wie ansonsten bei Rechts-Links-Konfrontationen – die beiden Lager trennen. Zu weiteren Hintergrundinformationen zum Phänomen der "Antideutschen" wird auf den Beitrag in diesem Zwischenbericht hingewiesen.

Inhaltlich und auch aktionistisch haben sich die autonomen Gruppen vor allem mit dem Umbau des Sozialstaates auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang verübte die "mg" (Selbstbezeichnung für 'militante gruppe'), die seit längerem darum bemüht ist, eine Debatte über Militanz bis hin zur Liquidierung von Entscheidungsträgern in Politik und Wirtschaft als Handlungsoption der revolutionären Linken in Gang zu bringen, in Berlin Brandanschläge auf das 'Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung' (1. Januar 2004), den Bürokomplex des Arbeitsamtes Berlin-Nord und des Sozialamtes Pankow (30. März 2004) und auf drei Fahrzeuge der Deutschen Telekom. Nach 5jähriger Pause erschien Anfang 2004 auch wieder eine neue Ausgabe der Untergrundzeitschrift 'radikal' (Nr. 157). Unter dem Untertitel "Mundorgel für Militante" enthielt das Heft vor allem genaue Anleitungen zum Bau von Brandsätzen, denn, so heißt es im Editorial, Militanz sei für Linke ein legitimes Mittel der politischen Aktion.

Als eines der letzten großen Verfahren zum Linksterrorismus der 1980er Jahre wurde am 18. März nach fast 3jähriger Verfahrensdauer und 174 Verhandlungstagen der Strafprozess gegen 5 Mitglieder der 'Revolutionären Zellen' (RZ) vor dem Kammergericht Berlin durch die Urteilsverkündung abgeschlossen. Die teilweise geständigen Angeklagten, deren Beteiligung an den ihnen zur Last gelegten Knieschussattentaten auf den damaligen Leiter der Berliner Ausländerbehörde (1986) und einen Vorsitzenden Richter beim Bundesverwaltungsgericht (1987) sowie an Sprengstoffanschlägen auf die Zentrale Sozialhilfestelle für Asylbewerber (1987) und die Berliner Siegessäule (1991) strafrechtlich bereits verjährt waren, wurden wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (§ 129a Strafgesetzbuch) zu Haftstrafen bis zu 4 Jahren und 3 Monaten verurteilt. In einem nachfolgenden Prozess erhielt ein in Kanada festgenommener und von dort ausgelieferter Mittäter wegen der Herbeiführung einer Sprengstoffexplosion eine 2-jährige Haftstrafe, die für die Dauer von 3 Jahren zur Bewährung ausgesetzt wurde.

1.3 Islamismus

1.3.1 Internationales terroristisches Netzwerk

Trotz der Anstrengungen der Sicherheitsbehörden im weltweiten Kampf gegen den islamistischen Terrorismus und der zahlreichen Fahndungserfolge seit dem 11. September 2001 kann von einer nachhaltigen Zerschlagung des Terrornetzwerkes nicht ausgegangen werden. Die grenzüberschreitenden Strukturen des islamistischen Terrorismus sind existent und funktionsfähig. Dies belegen unter anderem die Anschläge von Madrid am 11. März 2004 – 911 Tage nach den Anschlägen vom 11. September 2001.

Bis zum 11. März 2004 hatten sich Anschläge aus dem 'Al Qaida'-Netzwerk in erster Linie gegen westliche (hauptsächlich US-amerikanische, britische und israelische) Ziele im Nahen Osten, in Afrika und in Südostasien gerichtet. Anschlagsvorbereitungen von Mujahedin-Gruppen in Europa hatten ein deutlich niedrigeres Niveau im Hinblick auf Qualität, Komplexität und Konspiration in der Planung. Dementsprechend konnten Vorbereitungen in Europa überwiegend in einem frühen Stadium durch die Sicherheitsbehörden vereitelt werden. Mit 'Al Qaida' verbundene beziehungsweise ihr nahestehende Mujahedin-Gruppen haben mit den Anschlägen in Madrid bewiesen, dass sie trotz eines hohen Fahndungsdrucks auch in Europa in der Lage sind, mit größerem Koordinationsaufwand verbundene Anschläge unentdeckt vorzubereiten und durchzuführen.

'Al Qaida' kompensiert die infolge des internationalen Antiterrorkampfes erschwerten Rahmenbedingungen zumindest teilweise durch das Internet. Zugute kommen dem Terrornetzwerk dabei der nahezu welt-

weit ungehinderte Internetzugang, die mangelnde Kontrollierbarkeit der Datenströme, die weitgehend anonymisierbaren Kommunikationswege sowie die vielfältigen Recherchemöglichkeiten. Das Internet wird von 'Al Qaida' unter anderem als Plattform für multimedial aufbereitete Propaganda, Drohkulisse und Rekrutierung genutzt.

In den letzten anderthalb Jahren riefen insbesondere Usama bin Laden, Ayman Al Zawahiri und Musab Al Zarqawi in zahlreichen Verlautbarungen die Muslime dazu auf, den 'Jihad' gegen die Ungläubigen (die USA sowie ihre Alliierten und Unterstützer) hauptsächlich im Irak, in Afghanistan und Palästina aufzunehmen beziehungsweise zu unterstützen. Daneben wurden die gemäßigten Regierungen in muslimischen Ländern wegen ihrer Zusammenarbeit mit den "Kreuzrittern" bedroht. Eine neuartige Erklärung erfolgte am 15. April 2004. Diese "April-Erklärung", die vor allem an die Bevölkerung der europäischen Staaten gerichtet ist, enthält unter anderem ein "Versöhnungsangebot" verbunden mit einem Ultimatum an die europäischen Staaten. Danach würden die Mujahedin ihre Operationen in jedem europäischen Land beenden, dass sich verpflichte, Muslime weder anzugreifen noch sich in ihre Angelegenheiten einzumischen. Die Versöhnung beginne mit dem Abzug des letzten Soldaten des betreffenden Staates aus den muslimischen Ländern. Wörtlich: "Das Tor der Versöhnung bleibt für drei Monate ab dem Datum der Bekanntgabe dieser Erklärung offen. Wer aber die Versöhnung ablehnt und den Krieg will, so ist der Krieg unsere Sache. Und wer die Versöhnung will, so haben wir nun unsere Antwort gegeben."

Die Erklärung ist offensichtlich ein Ausfluss der Anschläge vom 11. März 2004 in Madrid, denen 'Al Qaida' den Regierungswechsel in Spanien zuschreibt. Sie zeigt auch, dass offenbar eine genaue Analyse der politischen Entwicklung in Europa vorgenommen wird.

Die Rekrutierung von Unterstützern der islamistischen Szene erfolgt zum einen über die Medien. Flugblätter, Zeitungen, Video - und Audiobänder beziehungsweise CDs, Radio, Fernsehen und Internet sind dazu geeignet, radikale Botschaften unter ein breites Publikum zu streuen. Sympathisanten und Unterstützer islamistischer Organisationen oder Gruppierungen werden zum Teil auch gezielt, etwa durch persönliche Ansprache, angeworben. Dies kann beispielsweise zeit- und ortsunabhängig im Bekannten- oder Freundeskreis geschehen. Dagegen bieten politische oder religiöse Veranstaltungen unter Umständen die Möglichkeit, mehrere Personen gleichzeitig für die eigenen Ideen zu gewinnen. So kann unter anderem das Freitagsgebet in der Moschee zur Verbreitung islamistischer Propaganda missbraucht werden. Dies ist etwa dann der Fall, wenn der Imam der Moschee den Jihad als militanten Kampf gutheißt oder wenn so genannte Gastimame entsprechende Überzeugungen in ihre Predigt einfließen lassen. Bei anschließenden Diskussionen unter den Gläubigen können sich im Laufe der Zeit Personen herauskristallisieren, die von der Idee des militanten Jihad angetan sind und für Vorhaben der Jihadisten geeignet scheinen.

Wenn Mujahid-Anwärter sich eine Zeitlang als ausreichend fest im Glauben und entschlossen genug für den militanten Jihad gezeigt haben, werden einige von ihnen über Umwege in ein Trainingscamp entsandt, wo sie weiter religiöse Unterweisung neben der militärischen Ausbildung erhalten. Art und Qualität der religiösen Ausbildung können dabei erheblich variieren, ebenso wie die Fähigkeiten der Mujahid-Anwärter. Für den Einsatz in westlichen Ländern sind vor allem solche Personen interessant, die sich einigermaßen sicher und umsichtig im Westen bewegen können.

Nicht alle Terrorzellen müssen sich jedoch aus ehemaligen Kämpfern zusammensetzen. Wie das Madrider Beispiel zeigt, können sich auch Personen ohne eine entsprechende Schulung durchlaufen zu haben durch eigenen Entschluss dem Netzwerk zugehörig fühlen und in seinem Sinne handeln.

1.3.2 Kalifatsstaat

"Kalif" Metin Kaplan

Mit Urteil vom 26. Mai 2004 hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster auf die Berufung der Bundesrepublik Deutschland hin die Klage des Metin Kaplan wegen Gewährung von Abschiebeschutz abgewiesen, jedoch Revision zugelassen. In der Vorinstanz hatte das Verwaltungsgericht (VG) Köln Abschiebungshindernisse bejaht, da nicht auszuschließen sei, dass durch Folter erpresste Zeugenaussagen der Mitangeklagten von Kaplan im Rahmen eines Prozesses in der Türkei gegen ihn selbst verwendet würden. Noch am selben Tag erging die Abschiebungsandrohung an Metin Kaplan, mit der Ankündigung der zwangsweisen Rückführung in die Türkei für den 02. Juni 2004. Zur Sicherung der Abschiebung wurde Abschiebehaft angeordnet. Bei dem Versuch, diesen Haftbefehl zu vollziehen, war Kaplan nicht in seiner Wohnung anzutreffen.

Nachdem das VG Köln die aufschiebende Wirkung des von Kaplan eingelegten Widerspruchs gegen die Abschiebeandrohung für zwei Monate angeordnet hatte, wurde der Haftbefehl aufgehoben und die Stadt Köln erteilte Metin Kaplan eine Duldung bis zum 27. Juli 2004 mit der Auflage, sich täglich zu melden. Am 22. Juli 2004 stellte Kaplan dann einen Asylfolgeantrag. Das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge hatte die frühere Asylberechtigung Kaplans bereits im Januar 2002 rechtskräftig zurückgenommen. Im Hinblick auf die noch anhängigen Verfahren und eine entsprechende Anregung des Verwaltungsgerichts Köln erteilte die Stadt Köln Metin Kaplan eine weitere bis zum 27. Oktober 2004 befristete Duldung.

Ermittlungsverfahren wegen der Fortführung eines verbotenen Vereins

Im Juli 2003 wurde ein Gebäude in Köln durchsucht, das als neuer Treffpunkt von 'Kalifatsstaats'-Anhängern galt. Gegen mehrere Personen, unter anderem Metin Kaplan, wurden Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts der Fortführung eines verbotenen Vereins eingeleitet. Diese Verfahren wurden im Juni 2004 mangels hinreichenden Tatverdachts gegen sämtliche Beschuldigte eingestellt.

Publikationen

Im Dezember 2003 wurde im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Fortführung einer verbotenen Vereinigung eine bundesweite Durchsuchungsaktion gegen Bezieher der 'Kalifatsstaats'-Publikation 'Beklenen Asr-I Saadet' durchgeführt. Seitdem ist die Zeitschrift nicht mehr erschienen. Im März 2004 wurde erstmals eine neue monatlich erscheinende Publikation bekannt, die möglicherweise dem 'Kalifatsstaat' zuzuordnen ist.

Einschätzung

Seine "Hoch"-Zeit hatte der Kalifatsstaat unter seinem Gründer und charismatischen Führer Cemaleddin Kaplan, dem Vater von Metin Kaplan, der bis zu 7.000 Anhänger zu seinen Veranstaltungen mobilisieren konnte. Seit dem Tod von Cemaleddin Kaplan 1995 befindet sich die Organisation in einem stetigen Abwärtstrend, der durch das Vereinsverbot 2001 beschleunigt wurde.

1.3.3 Islamische Gemeinschaft Milli Görüs e.V. (IGMG)

Die IGMG versucht derzeit gerichtlich gegen die Darstellung ihrer in Teilen verfassungsfeindlichen Ziele in den Verfassungsschutzberichten einzelner Länder und gegen die Darstellung in den Medien vorzugehen.

Das VG Stuttgart hat am 09. Juli 2004 eine Klage der islamischen Gemeinschaft 'Milli Görüs' gegen das Land Baden-Württemberg wegen Behauptungen im Verfassungsschutzbericht 2001 abgewiesen. Das Gericht stellte fest, die beanstandeten Tatsachenbehauptungen entsprächen der Wahrheit. Im Bericht stand, 'Milli Görüs' bekämpfe die demokratische säkulare Gesellschaftsform in der Türkei und in Deutschland. Zudem habe der Verein nach dem 11. September 2001 belastende Internetseiten bereinigt.

Auch gegen das Land NRW hat die IGMG im Juli 2003 Klage beim VG Düsseldorf gegen einzelne Darstellungen in der Broschüre "Islamismus in NRW" eingereicht. Das Gericht hat jedoch bereits angedeutet, dass mit einer Terminierung der Verhandlung im Jahr 2004 nicht mehr zu rechnen ist.

Daneben sind in NRW wie anderswo zahlreiche Klagen gegen die Ablehnung der Einbürgerung von IGMG-Funktionären anhängig. Als Pilotverfahren dient der IGMG das Klageverfahren eines IGMG-Funktionärs gegen die Stadt Gladbeck vor dem VG Gelsenkirchen.

Das Gericht hat auf Ersuchen des klagenden IGMG-Funktionärs zwei unabhängige Gutachten bei Islamwissenschaftlern in Auftrag gegeben. Das erste Gutachten liegt bereits vor und bestätigt im Kern die Argumentation der Einbürgerungsbehörde.

Zu einer Reihe anderer Einbürgerungsfälle hat die IGMG die zuständigen Verwaltungsgerichte gebeten, ihre Entscheidungen bis zur Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen auszusetzen. Auffallend ist, dass die Argumentationsketten in den Klagebegründungen gleichartig abgefasst sind, was den Schluss nahe legt, dass den Funktionären eine Musterbegründung von der IGMG-Zentrale zur Verfügung gestellt wurde.

In diesem Zusammenhang ist nochmals darauf hin zu weisen, dass der Verfassungsschutz in NRW nicht alle "einfachen" Mitglieder der IGMG als Träger verfassungsfeindlicher Bestrebungen einschätzt. Daher werden den Einbürgerungsbehörden im Rahmen ihrer Anfragen beim Verfassungsschutz nur dann Erkenntnisse mitgeteilt, wenn es sich um Funktionärstätigkeiten oder anderweitig herausragende Tätigkeiten bei der IGMG handelt.

1.3.4 Nahostkonflikt

Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist nach wie vor das beherrschende Thema bei den in Deutschland lebenden Anhängern extremistischer Palästinenserorganisationen islamistischer sowie säkularer Ausrichtung.

Insbesondere der von Israel trotz zahlreicher Proteste weiterbetriebene Bau des Grenzzauns zwischen dem Kernland und den besetzten Gebieten dient – ebenso wie die Ereignisse im Irak – auch anderen islamistischen Gruppen als "Rechtfertigung" für ihre Hasspropaganda gegen Israel, die USA und den Westen allgemein.

Nachdem am 25. März 2004 der Gründer der HAMAS, Scheich Ahmed Jassin, und am 17. April 2004 sein Nachfolger, Abdel Asis Rantisi, durch gezielte israelische Raketenangriffe getötet wurden, hat sich die militante Rhetorik bei den gewaltbereiten islamistischen Gruppen weiter verstärkt.

Die Selbstmordanschläge von Palästinensern gegen Ziele in Israel werden ausdrücklich als Märtyrerope-rationen glorifiziert. Eine Ausweitung der Gewalt auf Ziele in Europa wird von den hier agierenden ext-remistischen Palästinensergruppen aber nicht thematisiert.

1.4 Ausländerextremismus

1.4.1 Volksmohedin Iran-Organisation; Nationaler Widerstandsrat Iran

Auch nach der Übergabe der Regierungsgeschäfte am 28. Juni 2004 an die irakische Übergangsregierung war die Situation der rund 3.800 Kämpfer der 'Nationalen Befreiungsarmee' (NLA), dem bewaffneten Arm der 'Volksmohedin Iran-Organisation' (MEK) im Irak ungewiss. Der am 9. Dezember 2003 ergan-gene Beschluss des provisorischen irakischen Regierungsrates zur Auflösung der NLA-Lager wurde zwar bislang nicht umgesetzt, die Ausweisung der NLA-Angehörigen in den Iran blieb aber weiter möglich. Auch wenn die iranische Regierung reuigen MEK-Mitgliedern Straffreiheit in Aussicht gestellt hat, wird eine Überstellung in den Iran als existentielle Bedrohung für Leib und Leben angesehen.

Die Aktivitäten des 'Nationalen Widerstandrates Iran' (NWRI) als politische Vertretung der MEK in Eu-ropa waren daher im Jahr 2004 vom Bemühen gekennzeichnet, internationale politische Unterstützung zu gewinnen, um den Ratsbeschluss rückgängig zu machen oder zumindest die drohende Auslieferung in den Iran zu stoppen. Insbesondere versucht man, die Unterstützung von Parlamentariern zu erlangen, aber auch positive Stellungnahmen von Juristen, Hochschulprofessoren und Menschenrechtsorganisationen, um den Standpunkt zu untermauern, dass eine Auslieferung gegen das Völkerrecht verstoßen würde.

Vor diesem Hintergrund wurden auf mehreren Demonstrationen und Kundgebungen im In- und Ausland (Brüssel, Berlin und Düsseldorf) mit teilweise mehreren tausend Teilnehmern, darunter auch aus NRW, auf denen hochrangige Vertreter des NWRI und sympathisierende Parlamentarier aus verschiedenen europäischen Ländern sprachen, die Lage der NLA im Irak und die Streichung der MEK von der EU-Terrorliste thematisiert.

Am 5. Mai 2004 fand in Berlin eine Veranstaltung der Rechtsanwaltskammer Berlin zusammen mit dem 'Republikanischen Anwaltsverein' und der 'Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen', Landes-verband Berlin-Brandenburg statt. Die juristischen Referenten unterstützten die Position des NWRI.

Im Juli gab es in der Frage des Aufenthaltes im Irak eine überraschende Wendung. In einem vom Stell-vertretenden Generalkommandeur der Multinationalen Truppen unterzeichneten Memorandum vom 21. Juli 2004 wurde den NLA-Angehörigen im Camp Ashraf der Status von "geschützten Personen" nach den Bestimmungen der Vierten Genfer Konvention zuerkannt. In der Konsequenz ist eine Abschiebung der NLA-Kämpfer in den Iran quasi ausgeschlossen.

Etwa 2.000 Anhänger und Sympathisanten von MEK/NWRI, darunter zahlreiche aus NRW angereiste Personen, nahmen am 17. Juni 2004 an einer zentralen Veranstaltung mit der "Exilpräsidentin" Maryam Radjavi am Sitz der Europazentrale der Organisation in Auvers-sur-Oise bei Paris teil.

Anlass der Veranstaltung war der erste Jahrestag der Razzia der französischen Polizei gegen die MEK und den NWRI und der wichtigste MEK-Gedenktag, der an die blutige Niederschlagung des letzten gro-ßen Massenprotestes in Teheran am 20. Juni 1981 erinnert. Die Kultur- und Konzertveranstaltung verlief friedlich.

Im Zusammenhang mit dem Vorgehen der französischen Behörden gegen die MEK im Jahr 2003 – in deren Folge es aus Protest von Anhängern zu Selbstverbrennungen kam – stand auch die Trauerfeier auf dem Kölner Westfriedhof am 9. Juli 2004. Ca. 150 NWRI/MEK-Anhänger versammelten sich im Gedenken an zwei weibliche Opfer, die auf diesem Friedhof bestattet worden sind. Die Trauerfeier verlief störungsfrei.

1.4.2 Revolutionäre Volksbefreiungspartei- Front, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten Leninisten; Maoist K munist Partisi; Marxistisch Leninistische Kommunistische Partei

Reaktionen auf den NATO-Gipfel in Istanbul

Im Vorfeld zu dem am 28. und 29. Juni in Istanbul durchgeführten NATO-Gipfel hatten verschiedene deutsche und türkische linksextremistische Gruppierungen die Plattform "Resistanbul 2004" gegründet. Der Plattform gehörten unter anderem verschiedene Basisorganisationen der 'Türkischen Kommunistischen Partei/Marxisten Leninisten' (TKP/ML), der 'Maoist K munist Partisi' (MKP) und der 'Marxistisch Leninistischen Kommunistischen Partei' (MLKP) an sowie das der 'Revolutionären Volksbefreiungspartei- Front' (DHKP-C) nahestehende TAYAD-Komitee an.

Die Plattform "Resistanbul" 2004" kritisiert in der Presse und im Internet den NATO-Gipfel und bezeichnet die NATO als eine aggressive Kriegsorganisation. Der Gipfel diene dazu, eine dauerhafte Präsenz des US-Imperialismus im Irak sicherzustellen, die Besetzung weiterer Länder und die "Massakrierung der Völker" im Nahen Osten zu rechtfertigen und die Türkei in eine Militärbasis für einen schmutzigen Krieg umzuwandeln.

Es kam zu bundesweiten Podiumsdiskussionen und Demonstrationen dieser Gruppierungen. Die zentrale Demonstration für NRW in Köln am 26. Juni verlief mit 500 Teilnehmern ebenso friedlich wie die übrigen Veranstaltungen.

In der Türkei hingegen kam es im Vorfeld des NATO-Gipfels zu Bombenanschl gen mit Toten und Verletzten. Am 24. Juni detonierte vor dem Eingang des Hotels in Ankara, in dem US-Pr sident Bush am 26. Juni 2004 abgestiegen war, eine Paketbombe. Zwei Polizisten wurden zum Teil schwer verletzt. Zu dem Bombenanschlag haben sich die 'Bewaffneten Einheiten der Armen und Unterdrückten' (FESK), der militärische Arm der MLKP, bekannt.

Ebenfalls am 24. Juni 2004 explodierte in einem Linienbus in Istanbul eine Bombe. Vier Personen, darunter die Attent terin, wurden getötet, zahlreiche Menschen verletzt. Die Täterin war eine Funktionärin der DHKP-C, die in der Türkei per Haftbefehl gesucht wurde. In einer Interneterkl rung bekannte sich die DHKP-C zu diesem Anschlag, erklärte jedoch, dass die Bombe irrtümlich in dem Bus detonierte. Das eigentliche Angriffsziel wurde nicht bekannt. Die Attent terin wollte das angebliche Massaker an ihren Genossen im Gefängnis rächen.

1.4.3 Kurdischer Volkskongress (KONGRA-GEL)

Auseinandersetzung in der KONGRA-GEL-Führung

Bald nach der Gründung des KONGRA-GEL im November 2003 traten in der Führung der Partei Unstimmigkeiten auf, die Mitte Februar 2004 offen zu Tage traten. Eine Gruppe von 15-20 Funktionären um Osman Öcalan, dem stellvertretenden Vorsitzenden des KONGRA-GEL und Bruder von Abdullah Öcalan, setzte sich vom KONGRA-GEL in den Nord-Irak nach Mosul ab. Eine Spaltung der Partei, die in den ersten Wochen nach dem Verlassen der Partei durch Osman Öcalan für möglich gehalten wurde, konnte abgewendet werden.

Sendeverbot für MEDYA-TV

Aufgrund einer Entscheidung des französischen Kassationsgerichtshofes wurde dem Fernsehsender 'MEDYA-TV', der KONGRA-GEL nahe steht, am 12. Februar 2004 endgültig die Sendelizenz versagt. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass es sich bei 'MEDYA-TV' um den Nachfolgesender des verbotenen Senders 'MED-TV' handele. Diesem war im März 1999 von der britischen Fernsehkommission die Sendelizenz entzogen worden, weil der Sender mehrfach zu Gewalt im Zusammenhang mit der Festnahme Abdullah Öcalans aufgerufen hatte.

Da 'MEDYA-TV' für den KONGRA-GEL neben der Tageszeitung 'Özgür Politika' das wichtigste Kommunikationsmittel darstellte, war zu erwarten, dass alsbald ein neuer Fernsehsender seinen Platz einnehmen würde. Dieser neue kurdische Fernsehsender – 'ROJ TV' – nahm dann am 1. März mit einer Live-Sendung, in der besonders auf die kulturelle Bedeutung eines kurdischen Fernsehsenders hingewiesen wurde, seinen Sendebetrieb auf. Programmgestaltung und Sendehalte unterscheiden sich nicht wesentlich von 'MEDYA-TV', wobei kulturelle Beiträge deutlich überwiegen.

KONGRA-GEL wird in die EU-Liste terroristischer Organisationen aufgenommen

Der Rat der Europäischen Union hat am 2. April 2004 beschlossen, sowohl den KONGRA-GEL als auch die Vorgängerorganisation, den 'Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans' (KADEK), als Nachfolgerorganisationen der bereits am 2. Mai 2002 gelisteten PKK in die Liste terroristischer Organisationen aufzunehmen.

Wie zu erwarten, wurde die Entscheidung von Seiten des KONGRA-GEL scharf verurteilt. Der Vorsitzende des KONGRA-GEL bezeichnete die Entscheidung als einen ungerechten Schritt, der sich aus den politischen Interessen der EU ergeben habe. Eine Aufnahme des KONGRA-GEL in eine Liste von Organisationen, "die jeden Tag zig Zivilisten töten und wahllos Massaker an Zivilisten verüben", sei eine Beleidigung des kurdischen Volkes.

Die Volksverteidigungseinheiten heben den Waffenstillstand auf

Der militärische Arm des KONGRA-GEL, die 'Volksverteidigungseinheiten' (HPG) erklärten in einer Stellungnahme vom 28. Mai 2004 den seit dem 1. September 1999 geltenden "einseitigen" Waffenstillstand mit dem 1. Juni 2004 für beendet.

Grund hierfür seien die seit dem Frühjahr verstärkten Vorstöße der türkischen Armee in den kurdischen Gebieten. Mit dieser Offensive sei der von der HPG einseitig proklamierte Waffenstillstand faktisch außer Kraft gesetzt und könne in der bisherigen Form nicht aufrecht erhalten werden.

Die Konsequenzen aus der Aufkündigung des Waffenstillstandes sind für die Türkei und Europa unterschiedlich zu beurteilen:

- : Bei den Auseinandersetzungen zwischen der türkischen Armee und den HPG, die es trotz des einseitigen Waffenstillstandes auch in den letzten 5 Jahren immer wieder gegeben hat, verhielten sich die kurdischen Guerillas durchweg zurückhaltend. Für die Türkei ist nun damit zu rechnen, dass sich dies ändern wird und die HPG künftig auf Operationen türkischer Sicherheitskräfte verstärkt und eher offensiv reagieren werden. Eine Eskalation des Konfliktes ist aber nicht zu erwarten, da der Türkei auch in der jetzigen Situation bereits wieder eine Verhandlungsmöglichkeit zur Beendigung der Konfliktsituation eingeräumt wurde. Auch eine an ausländische Touristen und Investoren in der Türkei gerichtete Warnung wurde zwischenzeitlich relativiert. Der Vorsitzende des KONGRA-GEL stellte klar, dass diese Gruppen nicht Ziel von Angriffen der HPG seien. Man werde im Gegenteil darauf achten, dass keine Zivilisten gefährdet würden.
- : Aus Kreisen der KONGRA-GEL-Führung in Europa gab es bisher kaum Reaktionen auf die Erklärung der HPG. Lediglich KONGRA-GEL-Anhänger, vermutlich durch die HPG-Erklärung motiviert, demonstrierten teilweise gewalttätig am 2. und 3. Juni in Hamburg und Hagen. In Hagen blockierten 20 bis 30 vermutlich kurdische Jugendliche, die Transparente und Fahnen mit unter anderem dem Bildnis von Öcalan bei sich führten, zeitweilig eine Brücke.

Kurdische Politiker aus der Haft entlassen

Am 9. Juni hat das oberste türkische Appellationsgericht die Freilassung von vier ehemaligen kurdischen Abgeordneten der 'Demokratiepartei' (DEP) angeordnet, darunter auch Leyla Zana, die sich 10 Jahre in Haft befand.

Zana war Anfang der 90er Jahre als erste kurdische Abgeordnete ins türkische Parlament eingezogen. Weil sie ihren Amtseid in kurdischer Sprache und Tracht ablegte, wurde sie Ende 1994 wegen separatistischer beziehungsweise terroristischer Ambitionen zu 15 Jahren Haft verurteilt.

Leyla Zana ist Trägerin des Menschenrechtspreises des EU-Parlamentes sowie des Aachener Friedenspreises. Sie gilt als Symbolfigur für die Forderung nach einer politischen Lösung der Kurdenfrage und als prominenteste politische Dissidentin der Türkei. Mit ihr verbindet sich die Hoffnung, dass sie als Mittlerin zwischen der türkischen Regierung und der KONGRA-GEL-Führung fungieren und damit einen entscheidenden Beitrag zur Annäherung der beiden Seiten leisten könnte.

1.4.4 Liberation Tigers of Tamil Eelam

Der Friedensprozess auf Sri Lanka zwischen der 'Liberation Tigers of Tamil Eelam' (LTTE) und der singhalesischen Regierung wurde in den ersten sechs Monaten mehreren Bewährungsproben unterzogen.

Anfang Februar hatte die Staatspräsidentin Kumaratunga, die im Gegensatz zu dem bis dahin regierenden Premierminister Wickremesinghe eine unnachgiebige Verhandlungsstrategie gegenüber der LTTE verfolgt, das Parlament aufgelöst, um vorgezogene Neuwahlen am 2. April 2004 abhalten zu können. Die Parteienallianz von Präsidentin Kumaratunga trug dabei den Wahlsieg davon. Die LTTE drohte darauf

hin mit der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes für den Fall, dass sich als Ergebnis der Regierungsumbildung das Recht auf tamilische Selbstbestimmung im Norden und Osten des Landes nicht durchsetzen ließe.

Anfang März kam es zu einer Spaltung innerhalb der LTTE, als sich der Oberbefehlshaber der Rebellen-Armee im Osten Sri Lankas, genannt Colonel Karuna, der Forderung der LTTE-Führung widersetzte, 1.000 der von ihm befehligten LTTE-Kämpfer aus dem Osten in den Norden des Landes zu verlegen. Karuna äußerte in einem BBC-Interview am 9. März die Vermutung, dass die Truppenverschiebung der Auftakt für die Wiederaufnahme von Kampfhandlungen seitens der LTTE nach den Parlamentswahlen Anfang April sei. Er selbst sei gegen erneute Kämpfe und wolle den Friedensprozess fortführen. Ein von ihm und seinen Anhängern erbetener separater Waffenstillstandsvertrag wurde indessen von der sri-lankischen Regierung abgelehnt.

Karuna, dem sich nach eigenen Angaben etwa 6.000 LTTE-Guerillas angeschlossen hatten, wurde am 6. März 2004 von der LTTE-Führung seines Amtes enthoben und aus der LTTE ausgeschlossen. Tausende Kämpfer, die zu Karuna stehen, sollen ihre Posten verlassen und sich in die Wälder zurückgezogen haben. Wann die im April 2003 unterbrochenen Friedensverhandlungen erneut aufgenommen werden, ist bislang nicht bekannt.

Solidaritätsbekundungen oder Auseinandersetzungen innerhalb der tamilischen Gemeinde in Deutschland als Reaktion auf die Vorgänge in Sri Lanka konnten nicht festgestellt werden.

1.5 Bilanz der Spionageabwehr und der Public-Private-Partnership "Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität" für die Jahre 2002 bis 2004

2 ½ Jahre nach dem Abschluss der "Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen gegen Wirtschaftsspionage und Wirtschaftskriminalität" im Oktober 2001 fällt die Bilanz der Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen äußerst erfolgreich aus.

Im Rahmen der Sicherheitspartnerschaft hat zunächst die Spionageabwehr im Innenministerium die Geschäftsführung der Koordinierungsrunde übernommen. Auf der Arbeitsebene wurde eine Arbeitsgruppe initiiert, in deren Rahmen der regelmäßige Informationsaustausch zwischen den Partnern organisiert und gewährleistet wird. Die bisherige Zusammenarbeit in der AG hat sich als sehr fruchtbar erwiesen.

Unabhängig davon führt die Spionageabwehr Beratungen zum Sicherheits- und Geheimschutz für die Wirtschaft durch. Um einen möglichst großen Teil der vielfältigen Unternehmen und Verbände, die in Nordrhein-Westfalen ansässig sind, zu erreichen, setzt sie auf verschiedene Standbeine:

- : die "klassischen" – für die Firmen und Unternehmen kostenfreien – Beratungen vor Ort,
- : die Teilnahme an Seminaren/Workshops/Arbeitskreisen sowie an Messen zu den entsprechenden Themen,
- : die Initiierung von Gesprächskreisen mit ausgewählten Teilnehmern und
- : die Nutzung des Internets für die Präsentation des Angebots der Spionageabwehr, aber auch als Kontaktmöglichkeit.

Im Detail stellt sich die Tätigkeit der Spionageabwehr wie folgt dar:

Firmen-/Unternehmensberatungen

Die Beratungsangebote der Spionageabwehr werden mittlerweile stark nachgefragt. Im Jahr 2002 konnte die Anzahl der intensiven Firmenberatungen (bis zu einem Tag) um 100 Prozent gesteigert werden und im Jahr 2003 erneut um weitere 45%.

2001	30 Beratungen
2002	mehr als 60 Beratungen
2003	87 Beratungen.
2004 (erstes Halbjahr)	64 Beratungen

Tabelle 1: Beratungen der Wirtschaftsspionageabwehr

Der Kundenkreis bei diesen Beratungen ist sehr heterogen, es zählen sowohl kleine Firmen mit sehr wenig Personal wie auch namhafte Konzerne (Globalplayer) dazu, die von der Notwendigkeit überzeugt werden konnten, ihre Maßnahmen gegen Wirtschaftsspionage zu verstärken.

In jüngerer Zeit wurde der Kreis der Gesprächspartner erweitert um in Nordrhein-Westfalen ansässige Forschungseinrichtungen, die potenziell als gefährdet betrachtet werden müssen.

Seminare, Workshops, Arbeitskreise

Neben den Einzelberatungen hatte die Spionageabwehr in den Jahren 2002 bis 2004 Gelegenheit, ihre Tätigkeit und die Inhalte ihrer Arbeit im Rahmen verschiedener Veranstaltungen vorzustellen.

Dazu gehörten unter anderem Tagungen der Industrie- und Handelskammern mit dem Schwerpunkt Außenwirtschaft, aber auch Seminare und Workshops zum Geschäftsaufbau beziehungsweise mit dem Schwerpunktthema Sicherheit in der Wirtschaft. Hierbei war die Spionageabwehr auch häufig bei verschiedenen Verbänden zu Gast.

Messe "Security 2002" in Essen (4. - 8. Oktober 2002)

Die Teilnahme an der größten internationalen Sicherheitsmesse, der im 2-jährigen Abstand stattfindenden "Security" in Essen, gehört seit vielen Jahren zum Programm der Spionageabwehr Nordrhein-Westfalen. So stellte sie sich zuletzt im Jahr 2002 an einem gemeinsamen Stand mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Verfassungsschutzbehörden anderer Länder auf dieser Messe vor. Der große Erfolg dieser Messeteilnahme – sowohl in Form von adhoc-Beratungsgesprächen auf dem Stand als auch mit zahlreichen nachfolgenden intensiven Firmenkontakten – hat dazu geführt, dass auch im Jahr 2004 die Teilnahme an der "Security 2004" in gleicher Form stattfinden wird.

Internetauftritt

Seit 2002 präsentiert sich die Spionageabwehr NRW mit ihrem Angebot und der Sicherheitspartnerschaft Nordrhein-Westfalen auf der Homepage des IM Nordrhein-Westfalen unter: www.im.nrw.de/wirtschaftsspionage

Im Rahmen dieses Auftritts werden den Nutzern nicht nur Broschüren zu den relevanten Themen vorgestellt und angeboten, sondern es wird auch die Möglichkeit eröffnet, "Newsletter" in Form eines E-Mail-Abonnements zu beziehen, damit aktuelle Informationen jederzeit für Interessenten abrufbar sind.

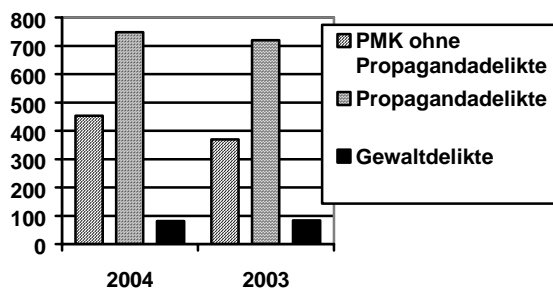
Darüber hinaus wird seit April 2004 im Internetauftritt des Verfassungsschutzes NRW – bundesweit erstmalig – ein ONLINE-TEST "Wirtschaftsspionage – Ist mein Unternehmen gefährdet" angeboten, dessen Resonanz schon in den ersten Wochen sehr zahlreich und positiv ist.

1.6 Politisch motivierte Kriminalität

Für die Erfassung der Fälle politisch motivierter Kriminalität (PMK) ist in Nordrhein-Westfalen der polizeiliche Staatsschutz zuständig. Die nachfolgenden Zahlen basieren auf einem Bericht des Landeskriminalamtes NRW (LKA).

1.6.1 Gesamtentwicklung

Für den Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis 30. Juni 2004 wurden dem LKA insgesamt 1.234 Straftaten (einschließlich Versuche) gemeldet, die der Politisch motivierten Kriminalität zuzuordnen sind. Bei 81 (6,6%) Straftaten handelt es sich um politisch motivierte Gewaltkriminalität (PMK-Gewalt). Weitere 748 (60,6%) Straftaten sind den Propagandadelikten gem. §§ 86, 86a Strafgesetzbuch (StGB) zuzurechnen. Im Jahr 2003 wurden im Vergleich dazu 1.174 Delikte gemeldet. Dies entspricht einem Anstieg um 60 Delikte (5,1%). Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Zahl der Volksverhetzungsdelikte und der Propagandadelikte von 137 auf 185 (35,0%) bzw. von 720 auf 748 (3,9%).



Grafik 1: Anteile PMK nach Deliktgruppen; Vergleich 1. Halbjahr 2003 und 2004

: Tabelle 1: PMK nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Halbjahresvergleich

Deliktgruppen	Ausländer				Links				Rechts				Nicht zuzuordnen			
	2004	2003	Diff.	%	2004	2003	Diff.	%	2004	2003	Diff.	%	2004	2003	Diff.	%
Tötungsdelikte (einschließlich Versuche)	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
Brand-/Sprengstoffdelikte	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	1	0	1	100,0	2	0	2	200,0
Landfriedensbruchdelikte	0	0	0	0,0	2	6	-4	-66,7	0	2	-2	-100,0	0	0	0	0,0
Gefährliche Eingriffe in den Bahnverkehr etc.	0	1	-1	-100,0	0	2	-2	-100,0	0	0	0	0,0	1	0	1	100,0
Körperverletzungsdelikte	1	1	0	0,0	8	12	-4	-33,3	51	47	4	8,5	1	8	-7	-87,5
Widerstandshandlungen	0	0	0	0,0	9	1	8	800,0	1	1	0	0,0	0	0	0	0,0
Raub/ Erpressung/ Freiheitsberaubung	2	2	0	0,0	1	1	0	0,0	1	0	1	100,0	0	0	0	0,0
Zwischensumme Gewaltdelikte	3	4	-1	-25,0	20	22	-2	-9,1	54	50	4	8,0	4	8	-4	-50,0
Bedrohungen/Nötigungen	5	3	2	66,7	4	10	-6	-60,0	5	6	-1	-16,7	7	4	3	75,0
Sachbeschädigungen	2	2	0	0,0	39	56	-17	-30,4	14	10	4	40,0	47	32	15	46,9
Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB	0	3	-3	-100,0	3	8	-5	-62,5	670	605	65	10,7	75	104	-29	-27,9
Volksverhetzungen	4	2	2	100,0	0	2	-2	-100,0	174	128	46	35,9	7	5	2	40,0
Störung des öffentlichen Friedens	4	4	0	0,0	0	3	-3	-100,0	0	1	-1	-100,0	3	3	0	0,0
Beleidigungen	0	1	-1	-100,0	2	15	-13	-86,7	19	24	-5	-20,8	12	3	9	300,0
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	4	11	-7	-63,6	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0	0	0	0	0,0
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	0	0	0	0,0	11	17	-6	-35,3	8	3	5	166,7	2	3	-1	-33,3
sonstige Straftaten	4	1	3	300,0	10	7	3	42,9	7	7	0	0,0	11	7	4	57,1
Summe Gesamt	26	31	-5	-16,1	89	140	-51	-36,4	951	834	117	14,0	168	169	-1	-0,6

Gewaltdelikte

54 (66,7%) der 81 bekannt gewordenen Gewaltstraftaten sind dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – rechts ("Rechts"), 20 (24,7%) dem Phänomenbereich Politisch motivierte Kriminalität – links – ("Links") und 3

(3,7%) dem Phänomenbereich Politisch motivierte Ausländerkriminalität ("Ausländer") zuzuordnen. 4 (4,9%) Fälle konnten keinem der oben genannten Phänomenbereiche zugeordnet werden. Im 1. Halbjahr 2003 wurden im Vergleich dazu 84 Delikte gemeldet. Dies entspricht einem Rückgang um 3 Delikte (-3,6%).



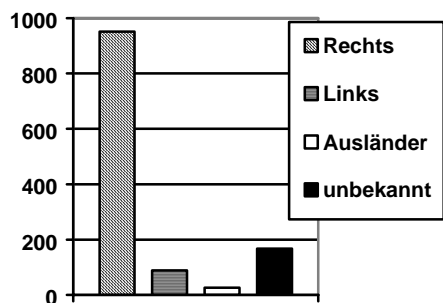
Grafik 2: Gewaltdelikte nach Phänomenbereichen

1.6.2 Phänomenbereiche

Von den 1.234 Fällen der Politisch motivierten Kriminalität entfielen 951 (77,1%) auf den Phänomenbereich "Rechts", 89 (7,2%) auf den Phänomenbereich "Links" und 26 (2,1%) auf den Phänomenbereich "Ausländer". 168 (13,6%) Fälle waren keinem der oben genannten Phänomenbereiche zuzuordnen.

Der Gesamttrend wird ausschließlich von der Steigerung der Fallzahlen von 834 auf 951 (14,0%) im Phänomenbereich "Rechts" bestimmt und macht die zahlenmäßige Dominanz dieses Phänomenbereiches gegenüber den anderen Bereichen deutlich. Die Entwicklung der drei übrigen Bereiche ist gegenläufig. Der Rückgang ist mit 51 (-36,4%) Delikten im Phänomenbereich "Links" am deutlichsten. Bei den beiden übrigen Phänomenbereichen fällt der Rückgang mit fünf Delikten (-16,1%) bzw. mit einem Delikt (-0,6%) gering aus.

Der Anstieg im Phänomenbereich "Rechts" ist zum Teil auf den Anstieg der Verstöße gegen §§ 86, 86a StGB um 65 Delikte (10,7%) zurückzuführen. Der Grund für diese Entwicklung ist die erweiterte Auslegung des Extremismusbegriffes im Rahmen der bundeseinheitlichen Bewertung von Politisch motivierten Straftaten. Demnach sind Straftaten gemäß § 86a StGB, bei denen keine Tatsachen für oder gegen eine extremistische Begehungsweise vorliegen, dem Verfassungsschutz als Prüffälle zur Bewertung vorzulegen. Der Verfassungsschutz des Landes NRW bewertete diese Prüffälle gemäß eines gemeinschaftlichen Beschlusses aller Verfassungsschutzbehörden der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich als extremistisch.



Grafik 3: PMK nach Phänomenbereichen

Eine extremistische Straftat muss aber immer einem der drei Phänomenbereiche "Ausländer", "Links" oder "Rechts" zugeordnet werden. Dies führt bei den Verstößen gegen den § 86a StGB zu einer deutlichen Verschiebung zum Phänomenbereich "Rechts".

Die Deliktsschwerpunkte lagen im Phänomenbereich "Rechts" wie im Vorjahr bei den Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (670), Volksverhetzungs- (174) und Körperverletzungsdelikten (54). Im Bereich "Links" lag der Deliktsschwerpunkt wie im Vorjahr auf den Bereich Sachbeschädigung (39). Im Phänomenbereich "Ausländer" gab es keinen Schwerpunkt. Bei den Delikten, die keinem Phänomenbereich zuzuordnen waren, lag der Deliktsschwerpunkt bei den Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (75), obwohl die Anzahl in dieser Deliktgruppe gegenüber dem Vorjahr um 29 Delikte (-27,9%) rückläufig ist.

Extremistische Straftaten

Insgesamt wurden 976 (79,1%) Straftaten als extremistisch gemeldet. Davon entfielen 920 (94,3%) auf den Phänomenbereich "Rechts" und 34 (3,5%) auf den Phänomenbereich "Links". Im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität wurden 22 (2,2%) Fälle von Extremismus verzeichnet.

Internationale Bezüge

Bei 34 (2,8%) aller Politisch motivierten Straftaten wurde ein internationaler Bezug festgestellt. Davon entfielen 22 (64,7%) auf den Phänomenbereich "Ausländer", 2 (5,9%) auf den Phänomenbereich "Rechts" und 2 (5,9%) auf den Phänomenbereich "Links". 8 (23,5%) Fälle waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen.

1.6.3 Themenfelder

Insgesamt lagen die thematischen Schwerpunkte der Straftaten wie in den Vorjahren in den Bereichen Nationalsozialismus / Sozialdarwinismus mit 725 Nennungen und Hasskriminalität mit 328 Nennungen. Ursächlich hierfür ist die zahlenmäßige Dominanz des Phänomenbereichs "Politisch motivierte Kriminalität – rechts", dem diese Themenfelder hauptsächlich zuzuordnen sind. Im Phänomenbereich "Politisch motivierte Kriminalität – links" lag der Schwerpunkt bei den Themen Konfrontation / Politische Einstellung (33). Im Phänomenbereich "Politisch motivierte Ausländerkriminalität" bewegten sich die meisten Delikte in dem Themenfeld Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität (10). Eine vergleichende Darstellung ist als Tabelle 3 beigefügt.

Zu beachten ist, dass bei der Zuordnung von Delikten zu einzelnen Themenfeldern eine Mehrfachnennung nicht nur möglich, sondern, sofern zutreffend, ausdrücklich erwünscht ist. So wurden zum Beispiel bei Delikten, die dem Themenfeld Hasskriminalität zugeordnet worden sind, sehr häufig andere Themenfelder mitgenannt. Die Gesamtzahl aller genannten Themenfelder übersteigt somit zwangsläufig die Gesamtzahl der gemeldeten Delikte.

Antisemitische und fremdenfeindliche Straftaten

Bei den 103 Straftaten, die (zumindest auch) aus einer antijüdischen Haltung heraus begangen wurden (antisemitische Straftaten), handelt es sich zum überwiegenden Teil (98) um Straftaten aus dem Phäno-

menbereich "Rechts". In drei Fällen war die Straftat dem Phänomenbereich "Ausländer und in zwei weiteren Fällen keinem Phänomenbereich zuzuordnen. Von den 231 zumindest auch fremdenfeindlichen Straftaten entfielen 215 auf den Phänomenbereich "Rechts", vier auf den Phänomenbereich "Ausländer" und zwei auf den Phänomenbereich "Links". Zehn Straftaten waren keinem Phänomenbereich zuzuordnen. In 12 Fällen waren die Taten sowohl fremdenfeindlich als auch antisemitisch motiviert. In beiden Bereichen liegen die Deliktsschwerpunkte bei Volksverhetzung (70 antisemitisch, 108 fremdenfeindlich) und Verstößen gegen §§ 86, 86a StGB (18 antisemitisch, 59 fremdenfeindlich).

Straftaten zum Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus

Insgesamt wurden sieben Delikte gemeldet, bei denen das Themenfeld Islamismus/Fundamentalismus betroffen bzw. nicht mit Sicherheit auszuschließen war. Gegenüber dem Vorjahr sank die Zahl der Delikte damit um fünf Fälle (-41,7%).

1.7 Bericht des Justizministeriums

Wie in den Jahren zuvor hatten sich die Justizbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen auch im ersten Halbjahr 2004 wieder in erheblichem Maße mit Strafverfahren sowohl aus dem rechtsextremistischen als auch dem links-extremistischen Bereich zu befassen. Im Vergleich zum ersten Halbjahr 2003 ist bei den Verfahren mit rechtsextremistischen Hintergrund eine deutliche Zunahme um mehr als 500 Verfahren zu verzeichnen. Dies ist zu einem erheblichen Anteil das Ergebnis dreier im Lande geführter Umfangsverfahren, aus denen insgesamt rund 360 Verfahren gegen Einzelpersonen abgetrennt worden sind. Signifikant reduziert hat sich dagegen weiterhin die Anzahl der Verfahren aus dem Bereich des Linksextremismus. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, dass die Staatsanwaltschaften des Landes den überwiegenden Teil der im Zusammenhang mit der bekannten Selbstbeziehungskampagne der PKK eingeleiteten Ermittlungsverfahren bereits abgeschlossen haben.

Verfahren wegen rechtsextremistischer Aktivitäten

Bei den Staatsanwaltschaften des Landes sind im ersten Halbjahr 2004 insgesamt 2.040 einschlägige Verfahren neu anhängig geworden. In dieser Zeit ist in 331 Verfahren gegen 438 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Rechtskräftig verurteilt wurden 149 Personen; zwei Angeklagte wurden freigesprochen. Gegen 37 Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

Verfahren wegen linksextremistischer Aktivitäten

Wegen Straftaten, deren Ursprung dem Bereich des Linksextremismus zuzuordnen ist, haben die Staatsanwaltschaften im Berichtszeitraum insgesamt 1.515 Verfahren neu eingeleitet. In der Zeit vom 1. Januar 2004 bis zum 30. Juni 2004 ist in 63 Verfahren gegen 76 Personen Anklage erhoben bzw. Antrag auf Erlass eines Strafbefehls gestellt worden. Acht Angeklagte wurden rechtskräftig verurteilt; eine angeklagte Person wurde freigesprochen. Gegen drei Personen wurde das Verfahren von dem erkennenden Gericht eingestellt bzw. die Untersuchung auf nicht einschlägige Straftaten beschränkt.

2 Die Internationalisierung des Rechtsextremismus

*"Obwohl wir alle Nationalisten sind,
hier und heute sind wir alle nur einer
Nationalität: weiß.
Es ist kein amerikanischer Kampf, oder
britischer Kampf,
oder deutscher Kampf; es ist ein
weißer Kampf
und wir müssen ihn gewinnen".¹*

Nationalismus ist nach wie vor ein wichtiges Element rechtsextremer Ideologie. Daraus könnte gefolgert werden, dass Rechtsextremisten nicht geneigt sind, dauerhaft mit Rechtsextremisten anderer Länder zu kooperieren. Dies trifft vor allem im 21. Jahrhundert keinesfalls zu. Ganz im Gegenteil ist eine verstärkte internationale Vernetzung zu verzeichnen, die mehr und mehr auch organisatorisch-systematisch verankert ist.

"Solidarität ist eine Waffe" heißt die Überschrift eines Berichts zum "4. Europäischen Kongreß der Jugend" der 'Jungen Nationaldemokraten' (JN), wo alle "anwesenden Abordnungen und Gäste aus dem In- und Ausland ihren Willen [betonten], sich den plutokratischen Strukturen der egalitären 'One World'-Verfechter entschlossen entgegenstellen zu wollen" (Deutsche Stimme, November 1997). In diesem Sinne versteht heute ein großer Teil der extremen Rechten internationale Kooperation, die in Form von Finanzmitteln, Logistik, Personal oder auch – und nicht zu unterschätzen - Motivation vorkommen kann.

Intensive Kontakte werden schon seit Jahren auf einschlägigen Veranstaltungen gepflegt wie der flämischen "Ijzerbedevaart" in Diksmuide, Belgien (August), der "Ulrichsberg"-Feier bei Klagenfurt (Oktober) oder der Gedenkfeier zum Todestag von Francisco Franco in Madrid (November). Die "Ijzer-Wallfahrt" wird seit 1927 jährlich am letzten Augustwochenende zum Gedenken an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Flamen durchgeführt. Am Rande der Veranstaltung treffen sich Rechtsextremisten aus ganz Europa und Übersee.

Struktur folgt Ideologie. Mit anderen Worten: Es ist nicht anzunehmen, dass Rechtsextremisten unterschiedlicher Länder kooperieren oder Treffen organisieren und sich erst dann überlegen, welche gemeinsamen Ziele bzw. Ideen sie vertreten. Im Gegenteil wird in der Regel, außer es liegt zum Beispiel ein geschäftliches Interesse vor, eine Zusammenarbeit erst aufgrund weltanschaulicher Übereinstimmung bzw. gemeinsamer politischer Ziele verwirklicht. Aus diesem Grund werden in diesem Beitrag erst diejenigen Ideologieelemente und politischen Ziele verdeutlicht, auf deren Basis sich ein Teil der extremen Rechten international vernetzt. Danach wird die organisatorische Ebene beleuchtet, wobei an ausgesuchten Fallbeispielen die internationalen Vernetzungen der extremen Rechten Nordrhein-Westfalens nachgezeichnet werden. Der Fokus liegt hierbei auf Strukturen der Neonazi- und Musikszenen sowie der NPD.

¹ Der britische Rechtsextremist Mark Cotteril am 2. April 2001 auf einer Zusammenkunft von Rechtsextremisten aus Europa und den USA in Arlington, Virginia. Zitiert in: 'Heritage and Destiny. The Magazine of the American Friends of the BNP', May/June 2001, S.5. Dieses und alle folgenden englischsprachigen Zitate wurden übersetzt.

Nicht näher eingegangen werden kann auf die Neue Rechte und das von ihr popularisierte Konzept des Ethnopluralismus.

Die Ideologie des internationalen Rechtsextremismus

In einem Grußwort für den zum 35. Jahrestag der NPD vom ehemaligen JN-Bundesvorsitzenden und jetzigen stellvertretenden NPD-Vorsitzenden Holger Apfel herausgegebenen Band "Alles Große steht im Sturm" legt Dr. William Pierce, Gründer und Führer der US-amerikanischen neonazistischen Organisation 'National Alliance' (NA), seine ideologischen Grundlagen einer internationalen Kooperation dar:

"Nationalisten in Deutschland, in Europa oder auch in Amerika stehen einem gemeinsamen Feind aller Völker gegenüber, dem internationalen Großkapital, das allen geschichtlich gewachsenen Nationen zugunsten eines multikulturellen 'melting pot' den Todesstoß versetzen will. Unser Kampf gegen die Weltherrschaftsbestrebungen und den Wirtschaftsimperialisismus multinationaler Konzerne wird hart und entbehrungsreich sein – doch das Ziel einer wieder zu ihren Wurzeln zurückfindenden Völkergemeinschaft wird es wert sein, diesen harten Kampf und alle damit verbundenen Unannehmlichkeiten auf sich zu nehmen".

Aus dieser Aussage, die als paradigmatisch für international kooperierende Rechtsextremisten gelten kann, geht klar hervor, dass es nicht mehr nur allein um die Verteidigung einer Nation nach außen geht. Zentrale international agierende Aktivisten wie Pierce definieren Nationalität nicht nach Staatszugehörigkeit oder Geographie, sondern nach Rasse. Schützens- und verteidigungswert ist nicht die Nation an sich, sondern die von "Überfremdung" und "Rassenvermischung" bedrohte "weiße Rasse". Diese steht in den ihr angestammten Nationen unter massivem Druck eines skrupel-, traditions- und geschichtslosen "internationalen Großkapitals", das zumeist offen oder verklausuliert als jüdisch dominiert verortet ist. Dabei wird im Rückgriff auf überkommene antisemitische oder völkische Argumentations- und Theoriemuster ein schwer verdauliches Gemisch aus den wahlweisen Zutaten "internationale Volkssolidarität", "Antiimperialismus" und "Ausländer raus" gebraut.

Das Resultat ist eine als pan-arisch bezeichnete Weltanschauung, die – nicht mehr antislawisch wie die NS-Ideologie Hitlerscher Prägung – ausdrücklich Osteuropa und Russland als Teil der "weißen Welt" einschließt. Nur so ist es zu verstehen, wenn der Zweite Weltkrieg als "brudermordendes Desaster" bezeichnet wird.

International kooperierende Rechtsextremisten sind – über kruden Nationalismus hinausgehend – ausgesprochen systemkritische bzw. -feindliche fundamentale Gegner von Pluralismus, parlamentarischer Demokratie und allen ihren Vertretern. Die Idee von der im amerikanischen Kontext so genannten "Zionistisch Okkupierten Regierung" (Zionist Occupied Government = ZOG) ist mittlerweile fest im rechtsextremen Diskurs verankert und gilt als Beschreibung für die als reine Marionetten globaler (jüdisch dominierter) Finanzinteressen angesehenen Regierungen Europas und Nordamerikas. Oberstes Ziel ist die Erhaltung bzw. Reinhaltung der "weißen Rasse", was eine totale Ablehnung jeglicher Ein- und Zuwanderung, gewendet als "Überfremdung", zur logischen Folge hat.

Hieran schließt ein Anti-Amerikanismus an, der genauer als Frontstellung zum "Amerikanischen System" beschrieben werden muss. Der als imperialistisch bezeichnete Einfluss von in den USA ansässigen Finanz- und Medienunternehmen inkl. Wall Street wird als "volkszersetzend" und alle nationalen Eigenheiten planierend gesehen. In einem Text, der auf "einer gemeinsamen Arbeitssitzung in Berlin-Köpenick von Vertretern der NPD und 8 weiteren Organisationen und Persönlichkeiten des Nationalen Widerstandes [...] einstimmig verabschiedet und unterzeichnet" wurde, heißt es:

"Der Nationale Widerstand ist sich darin einig, daß die ethnische Durchmischung des Deutschen Volkes erzwungen ist, daß unser Volk in der Gefahr ist, das Opfer eines Völkermordes zu werden. [...] Im Erkennen des Urteils, daß der 'American way of life' der Todesmarsch der menschlichen Gattung ist und deshalb vom Geist der selbstbewußten Volksgemeinschaft überwunden wird, zeigt sich die geistige Stärke, die allein fähig ist, jetzt den Sieg zu erringen".

Noch tiefer in die Abgründe im Rechtsextremismus nicht selten vorfindbarer antijüdischer Verschwörungstheorien führen Auslassungen zu den Terroranschlägen vom 11. September 2001, für die der bekannte Rechtsextremist Horst Mahler verantwortlich zeichnet. In dem Text "Independence-Day live" markieren die Anschläge "das Ende des Amerikanischen Jahrhunderts, das Ende des globalen Kapitalismus und damit das Ende des weltlichen Jahwe-Kultes, des Mammonismus". Weiter argumentiert der Text, dass die Terrorakte nichts anderes seien als Akte der Selbstverteidigung von den Vereinigten Staaten unterdrückter Völker: "Dieser Kleinkrieg ist ein Befreiungskrieg und als solcher ein Weltkrieg, weil der Feind der Völker die Welt beherrscht". Wer dieser Feind ist, wird nicht verschwiegen: "Es ist der die gläubigen Juden auf die Erlangung der Weltherrschaft durch Geldleihe ausrichtende Jahwe-Kult, der dem kapitalistischen System gegenwärtig seine tödliche Dynamik verleiht." Mahler versteigt sich letztendlich zu der Aussage, die "militärischen Angriffe auf die Symbole der mammonistischen Weltherrschaft" seien "- weil sie vermittelt durch die Medien den Widerstandsgeist der Völker beleben und auf den Hauptfeind ausrichten - eminent wirksam und deshalb rechtens". Ähnlich äußerten sich zahlreiche Rechtsextremisten in Europa und den USA.

Als zentrales international kompatibles Bindemittel fungiert Antisemitismus, gepaart mit Kritik an der "Vergötzung des 'American way of life' im Heiligenschein der 'Menschenrechte'". Offen ausgesprochen werden muss das Wort Jude nicht einmal, denn wenn von "One Worlders", "New World Order" oder von der "Ostküste" gesprochen wird, ist allen, die es verstehen wollen, klar, wer gemeint ist.

Transportiert werden solche Ideologeme durch ebenfalls international erkannte bzw. anerkannte Codes, Symbole oder Schriften. Dazu gehören Symbole wie das Keltenkreuz, Nummerncodes wie "88", die oben erwähnte Verschwörungskonstruktion "ZOG", die "14 words" des amerikanischen Rechtsterroristen David Lane ("Wir müssen die Existenz unseres Volkes sichern und eine Zukunft für weiße Kinder") oder die unter dem Pseudonym Andrew McDonald 1978 von William Pierce veröffentlichten "Turner Diaries". Über den Roman behauptete der Autor nach einer Europareise stolz: "Jeder Nationalist in Europa hat von den Turner Diaries gehört."

In diesem zu Recht als "rechtsextremistische Bibel" bezeichneten Roman nimmt die "arische Revolution" ihren Anfang in einem Bombenattentat auf das Hauptquartier des FBI und erlebt ihren Höhepunkt im so genannten "Tag des Galgens", an dem zehntausende von Personen mit Schildern wie "Ich habe meine Rasse verraten" an Straßenrändern gehenkt werden. Nach einem nuklearen Bürgerkrieg und einer "Ausräumperiode" (d.h., der Tötung aller "nicht-Weißen"), ist die gesamte Welt am Ende des Romans "arisch", das Blutvergießen "hat sich gelohnt".

Das in Deutschland nicht verbotene Keltenkreuz² steht im rechtsextremistischen Kontext vor allem für das "kulturelle Erbe der arischen Herrenrasse". Ein stilisiertes Keltenkreuz findet sich auf der Eingangsseite des Webportals 'Stormfront', eine der ältesten rechtsextremistischen Präsenzen im Internet, und wird mit den Worten umrahmt "White Pride World Wide" (Weißer Stolz weltweit). Der Nummerncode "88" steht für den achten Buchstaben im Alphabet = H.H. Mit dieser synonym für die in Deutschland verbotene Grußformel "Heil Hitler" verwandten Abkürzung signalisieren Rechtsextremisten weltweit ihre Gesinnung. Varianten sind "14/88" ("14 words/Heil Hitler") oder "28" (für die Deutschland verbotene international agierende Organisation 'Blood & Honour').

² Ausnahme ist die spezifische Verwendung als Kennzeichen der 'Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit'.

Die Kombination der zentralen ideologischen Elemente pan-arischer Rassismus, Antisemitismus und (revolutionäre) Systemgegnerschaft in politischem, kulturellem, gesellschaftlichem und auch ökonomischem Sinne führt bei einer wachsenden Zahl führender Rechtsextremisten zu dem Schluss, dass internationale Kooperation "zunehmend wichtiger wird für zukünftigen Fortschritt und vielleicht sogar fürs Überleben".

Infrastruktur

International kooperierender Rechtsextremismus geht nicht nur von anderen historischen (nach dem Kalten Krieg), gesellschaftlichen (Erlebnisgesellschaft) und biografischen Voraussetzungen aus, sondern ihm stehen auch völlig andere Mittel zur Verfügung (Internet etc.). In der Gegenwart bilden nicht mehr Hitlerverehrung und NS-Ideologie den weltanschaulichen Kitt internationaler Kooperationen, Hakenkreuz und Hitlergruss sind nicht mehr die wichtigsten einigenden Symbole. Hinzu kommt, dass die internationale rechtsextreme Szene für eine kleine Zahl von bestens vernetzten Aktivisten ein einträgliches Geschäftsfeld sein kann, auf dem mit dem Verkauf von (zumindest in Deutschland) illegalen Tonträgern, Devotionalien oder Druckerzeugnissen beachtliche Profite erwirtschaftet werden.

In der Kameradschaftsszene unterhält beispielsweise die 'Kameradschaft Aachener-Land' gute Verbindungen zu Gruppierungen im Ausland, insbesondere in die Niederlande und nach Belgien. Seit Jahren engagiert sich der in Grevenbroich ansässige Neonazi Christian Malcoci in der niederländischen Partei 'Nederlandse Volks Uni' (NVU) und kandidierte bei den Kommunalwahlen am 6. März 2002 in Kerkrade. Gleichzeitig ist Malcoci eine feste Größe in der nordrhein-westfälischen rechtsextremen Szene und ist bei zahlreichen Demonstrationen auf beiden Seiten der Grenze präsent. An Demonstrationen in Nordrhein-Westfalen nehmen seit geraumer Zeit regelmäßig Gleichgesinnte aus den Niederlanden teil. So am 20. September und 25. Oktober 2003 bei den Demonstrationen gegen die Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" in Dortmund oder am 19. Juni 2004 an einer gegen den Bau einer Moschee gerichtete Demonstration, ebenfalls in Dortmund. Am 26. Juni 2004 nahm außerdem ein führender Funktionär der NVU sowie Gleichgesinnte aus Schweden an der von der NPD und so genannten "freien Kräften" organisierten Demonstration gegen den Bau einer Synagoge in Bochum teil. Rund 75 Rechtsextremisten aus den Niederlanden, Deutschland und Belgien zogen am 5. Juni 2004 durch Den Haag, um gegen die "amerikanische Aggressionspolitik" zu demonstrieren. Zu den Rednern zählte nach einem Bericht der NVU auch ein Neonazi aus NRW.

Ein Beispiel internationaler Vernetzung ist auch der jährliche Gedenkmarsch zum Todestag von Rudolf Heß in Wunsiedel/Bayern. Hier beteiligten sich im Jahr 2003 circa 2.600 Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet – dabei 150 bis 200 aus NRW – sowie aus Schweden, Italien, den Niederlanden, aus Österreich, der Schweiz, der Slowakei und aus Bulgarien.

Von jeher ist die rechtsextremistische Musikszene sowohl hinsichtlich der Bands, der Konzerte als auch der Vertriebsstrukturen international ausgerichtet. Aus nordrhein-westfälischer Sicht ist zu beobachten, dass rechtsextreme Konzerte mit höheren Teilnehmerzahlen und in der Szene bekannteren Bands immer häufiger ins benachbarte Ausland verlagert werden (Belgien und Niederlande). Unter anderem die Dortmunder Band 'Oidoxie' hat sich durch zahlreiche Auftritte im In- und Ausland hervor getan und hat mittlerweile mit fast allen bekannten Bands der Szene auf einer Bühne gestanden. Das kürzlich erschienene Video "Kriegsberichterstatte Vol.5", auf dem ein Auftritt der Band in Schweden zu sehen ist, wurde von der finnischen Firma 'Ainaskin Production' erstellt. Vertrieben wird das Video über die Organisation 'Thule' in Schweden und von der 'NS88 Video Division' in den USA, dem US-amerikanischen Ableger der in Deutschland verbotenen international operierenden Organisation 'Blood & Honour' (B&H). Am 16. März 2002 hatte 'Oidoxie' in Dortmund einen Auftritt neben amerikanischen Szenegrößen wie 'Max Resist' und 'Intimidation One'.

Eine CD von 'Oidoxie' kann auch über das Internet bei der US-amerikanischen Musikfirma 'Resistance Records' bestellt werden. Die im Jahre 1999 von William Pierce übernommene Firma bietet in ihrem aus vielen hundert Artikeln bestehenden und komplett in deutscher Sprache abrufbaren Katalog auch in Deutschland indizierte und bundesweit beschlagnahmte Titel an. Noch kurz vor seinem Tod 2002 hatte Pierce Erich Gliebe, Sohn eines deutschen Weltkriegsveteranen und 'National Alliance'-Aktivist aus Cleveland, Ohio, als Nachfolger eingesetzt. Der bekennende Fan der inzwischen in Deutschland als kriminelle Vereinigung verurteilten Band 'Landser' ließ in einem Gespräch mit der aus Hilden vertriebenen Szene-Musikzeitschrift 'RockNord' verlauten: "Ich hoffe auch auf eine weitere Zusammenarbeit zwischen Resistance und der deutschen WP-Szene [WP = White Power]. Wir möchten euch auf jede Art und Weise helfen, die uns möglich ist! Wir sehen uns!" (RockNord 66/67, 2001).

Die weltweit operierende Gemeinde der Holocaust-"Revisionisten" ist ein weiterer wichtiger Teil des international kooperierenden Rechtsextremismus. An regelmäßig stattfindenden Kongressen und Konferenzen nehmen Aktivisten aus allen Kontinenten teil, wobei nahezu immer die gleichen Personen dieser Szene anwesend sind. Mit geradezu religiösem Eifer wird hier an der "Richtigstellung" der Geschichte gearbeitet – aber auch Geld verdient.

Der 65-jährige Ernst Zündel zählt zu den weltweit best vernetzten Revisionisten. Er verfügt über umfangreiche internationale Kontakte zu bekannten Holocaust-Leugnern wie David Irving und Robert Faurisson sowie Kontakte in die Niederlande, nach Frankreich, in die USA und auch in arabische Länder. Zündel ist auch für die unregelmäßige Herausgabe des 'Germania-Rundbriefs' verantwortlich. Seit etwa neun Jahren besteht eine umfangreiche, mehrsprachige Internetpräsenz ('ZundelSite'), die aus rechtlichen Gründen von seiner Ehefrau Ingrid Rimland aus den USA betrieben wird.

Das zu diesem Umfeld gehörende 'Collegium Humanum – Akademie für Umwelt und Lebensschutz e.V.' unterhält in Vlotho eine Bildungsstätte, die seit Jahren auch von Rechtsextremisten unterschiedlicher ideologischer Ausrichtung genutzt wird. Zu den Referenten dort zählte Horst Mahler. Laut Pressemitteilung im Internet und Berichterstattung in der 'Stimme des Gewissens' (Ausgabe 6/2003) wurde auf einer Veranstaltung mit Mahler am 9. November 2003 in Vlotho der 'Verein zur Rehabilitierung der wegen Bestreitens des Holocaust Verfolgten' gegründet. Zum Vorsitzenden wurde der Schweizer Revisionist Bernhard Schaub gewählt, Stellvertreterin ist die Witwe des 'Collegium Humanum'-Gründers, Ursula Haverbeck-Wetzel. Als Mitbegründer des Vereins werden bekannte Revisionisten aus dem In- und Ausland, wie Ernst Zündel, Professor Dr. Robert Faurisson, Jürgen Graf und Gernar Rudolf, genannt.

Rechtsextremismus im 21. Jahrhundert – die globalisierten Antiglobalisierer

Rechtsextremisten vernetzten sich mehr und mehr international, gruppieren sich dabei um die zentralen ideologischen Elemente pan-arischer Rassismus, Antisemitismus sowie (revolutionäre) Systemgegnerschaft und nutzen konsequent moderne Kommunikationstechnologie wie das Internet. Heute ist es nicht unwahrscheinlich, dass eine rechtsextreme CD in den USA aufgenommen, in der Tschechischen Republik gepresst und via Internet von Schweden nach Nordrhein-Westfalen verkauft wird. Ein deutscher Neonazi kann womöglich seine amerikanische Lieblingsband in den Niederlanden, der Schweiz oder Frankreich live sehen.

Internationale Vernetzung stärkt die rechtsextreme Infrastruktur, erleichtert die Produktion und den Vertrieb von Propaganda und wirkt nicht zuletzt motivierend auf die einzelnen Akteure, die sich als Teil einer sie und ihr Land weit übersteigenden "großen" Sache sehen können. In einem Interview mit dem in der deutschen Szene bis zu seiner Einstellung weit verbreiteten 'Zentralorgan' bestätigte William Pierce, der dort als "besonderer Freund des deutschen Widerstandes" bezeichnet wurde, diese Einschätzung. Im Hinblick auf die deutsch-amerikanische Kooperation sagte er:

"Da beide Seiten von einem Zusammenwirken über die Grenzen hinweg nur profitieren können und sich die technischen und sonstigen logistischen Mittel dafür in den vergangenen Jahren erheblich vergrößert haben, steht einer Ausweitung der Zusammenarbeit nichts im Wege. Das ist in unser aller Sinn."

Neben dem Besuch von Veranstaltungen verschafft gerade das Internet als wichtiges Kommunikations- und Mobilisierungsmittel auch ein Gefühl der Verbundenheit und der Überlegenheit sowie die Gewissheit: "Ich bin nicht allein". Rechtsextremist x, der früher weitgehend isoliert im Örtchen y saß und ungeduldig auf die nächste Ausgabe des rechtsextremistischen Blattes z warten musste, erhält heute womöglich 100 e-mail Nachrichten pro Tag aus aller Welt, die ihm sagen, wie großartig die Sache ist, an die er glaubt. Dabei spielen amerikanische Server eine zentrale Rolle vor allem für europäische Aktivisten, die dort ihre - in den eigenen Ländern illegalen - Inhalte problemlos der Welt präsentieren können. Eine Sprachbarriere besteht hierbei nicht, deutsche Übersetzungen von amerikanischen Texten oder Strategiepapieren sind keine Seltenheit mehr. Interessanterweise werden gerade die USA immer wichtiger als "Ruhe- und Rückzugsraum" für international agierende Rechtsextremisten unter Ausnutzung des dort bestehenden Primats der Freiheit der Rede und des Ausdrucks. In den USA laufen viele Fäden der internationalen Netzwerke zusammen (Revisionisten, Musikhandel, Internet). Während bis in die 1980er Jahre Deutschland als "Heimat der Bewegung" das Zentrum des rechtsextremen Orbits war und von hier aus die maßgeblichen ideologischen Impulse (auch in Rückgriff auf das NS-Regime) ausgingen, ist die Lage nun fast umgekehrt. Heute verläuft ein größerer Teil des Ideologie- und Propagandatransfers ostwärts von den Vereinigten Staaten nach Europa und die restliche Welt, wenngleich die Akteure nicht zwangsläufig Amerikaner sind. Mehr und mehr kristallisiert sich auch Russland, wo es inzwischen Internetdomains zu Schnäppchenpreisen gibt, als weiterer bevorzugter Aktionsort heraus.

Rechtsextremisten operieren heute auf einer grundlegend anderen gesellschaftlichen, politischen, ökonomischen und technologischen Basis als alle Gleichgesinnten vorher. Die fortschreitende Internationalisierung des Phänomens ist ohne das Ende des Kalten Krieges und ohne das Angleichen der politischen und vor allem der sozioökonomischen Lebenswelten nicht denkbar, der die oben skizzierten zentralen Ideologieelemente kompatibel und attraktiv für Rechtsextremisten weltweit macht.

Das Transistorthema Globalisierung steht im rechtsextremistischen Kontext wahrhaft global für die Macht (jüdisch dominierten) Großkapitals, für amerikanischen Kulturimperialismus und für einen "multirassischen Genozid" bzw. ein "rassezerstörendes Trümmerfeld", das "von Washington, Wall Street und Hollywood angestrebt wird", wie es der Vorsitzende der 'British National Party' (BNP), Nick Griffin, in einem Interview mit der 'Deutschen Stimme' (März 2003) formulierte. Diese Weltsicht ist wiederum anschlussfähig an einzelne fundamentalistische Kräfte in der islamischen Welt. In diesem Sinne ist es dann nicht mehr entscheidend, ob die USA als "zionistisch okkupiert" oder als "großer Satan" angesehen werden, das World Trade Center gilt in beiden Fällen als überragendes Symbol der "mammonistischen Weltherrschaft".

Ein "Ende der Ideologien" oder gar ein "Ende der Geschichte" (Francis Fukuyama) – und die damit suggerierte Alternativlosigkeit zum westlichen Pluralismus – ist entgegen aller Prophezeiungen nicht in Sicht. Im Gegenteil verarbeitet ein nicht geringer Teil der Bürger moderner Industriegesellschaften die Zumutungen der überkomplexen Prozesse der Globalisierung mit unterkomplexen und vereinfachenden Welterklärungen, die zentrale Elemente extremistischer Ideologien sind. Hier tun sich unter anderem Rechtsextremisten besonders hervor und gehören am Anfang des 21. Jahrhunderts zur Realität fast aller westlicher Demokratien.

Rechtsextremismus kann heute als internationales, modernes und vielschichtiges Phänomen beschrieben werden. Ihm geht es allgemein und global um die Abwehr einer multikulturellen, emanzipatorischen und pluralistischen Agenda.

3 Das Projekt Schulhof: Aktuelles Beispiel der "Erlebniswelt Rechtsextremismus"

"Freie Aktivisten planen mittelfristig eine CD zu lancieren, welche kostenlos in einer beachtlichen Stückzahl an Kameradschaften, Gruppierungen und Einzelpersonen flächendeckend über das gesamte Bundesgebiet gezielt an Jugendliche (z.B. vor Schulen) verteilt werden soll." Sätze wie dieser – mit krauser Grammatik und eindeutiger Botschaft – kursierten im Januar dieses Jahres im Internet-Forum des rechtsextremistischen CD-Vertriebs "Panzerfaust Records" aus dem US-Bundesstaat Minnesota ("Home of White Power Music"). Sie machten Mitarbeiter der Verfassungsschutzbehörden auf das "Projekt Schulhof" aufmerksam: eine großangelegte Aktion rechtsextremistischer Kreise, mit einer kostenlosen CD Kinder und Jugendliche zu ködern. Der Verfasser rief die deutsche Szene auf, die Rechtsrock-CD zu unterstützen, Lieder beizutragen und Geld zu spenden. Im August – nachdem zwei Anläufe, die CD zu pressen, unter anderem in NRW hatten verhindert werden können – lag die Startauflage von rund 50.000 Exemplaren vor. Zur angekündigten Verteilung vor Schulen oder Jugendtreffs ist es vorerst allerdings nicht gekommen – vermutlich aufgrund der Sommerferien in praktisch allen deutschen Ländern.

NRW-Innenminister Dr. Fritz Behrens sprach im Juli von "neuen Dimensionen" des Versuchs rechtsextremistischer Kreise, Kinder und Jugendliche zu manipulieren. Er bezog sich vor allem auf die systematische Planung der Aktion und die ungewöhnlich hohe Auflage der CD. Das Projekt wurde von einer breiten Allianz rechtsextremistischer Aktivisten vorangetrieben und konspirativ durchgeführt. An der CD sind Musikvertriebe sowie Bands aus dem In- und Ausland beteiligt: beispielsweise die US-amerikanische Skinhead-Gruppe 'Bound for Glory' – eine der populärsten im internationalen Rechtsextremismus – oder die Stuttgarter Band 'Noie Werte', die unter anderem durch das indizierte Album "Kraft für Deutschland" von sich reden machte. Die Initiative ging von deutschen Aktivisten aus, die die Aktion auch maßgeblich betrieben haben – auf einzelne Drahtzieher gibt es inzwischen Hinweise. Praktisch haben Anhänger der Szene aus allen Teilen Deutschlands, die an der Produktion und am Handel mit entsprechender Musik beteiligt sind, das "Projekt Schulhof" unterstützt.

Die Staatsanwaltschaften prüfen zurzeit, ob das Verbreiten der CD Straftatbestände erfüllt oder gegen Jugendschutzvorschriften verstößt. Die Verteilung der bereits gepressten 50.000 CDs kann aufgrund eines allgemeinen Beschlagnahmebeschlusses des Amtsgerichts Halle (Saale) wegen des jugendgefährdenden Inhalts der CD unterbunden werden. Ebenso wird die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien über eine Indizierung entscheiden. Die Indizierung – der Beschluss, dass das Produkt Kindern und Jugendlichen nicht zugänglich gemacht werden darf – kann allerdings erst erfolgen, sobald die CD verbreitet wird. Gleichwohl besteht am rechtsextremistischen Charakter des Produkts kein Zweifel. Das geht bereits aus der Ansprache hervor, die der CD vorangestellt ist. Zu getragenen klassischen Klängen zeichnet ein Sprecher das Szenario eines am Boden liegenden Deutschland und macht auch Ausländer für diese Situation verantwortlich. Er attackiert insbesondere das kritische Erinnern an den Nationalsozialismus, das als "antideutsche Geschichtsschreibung" bezeichnet wird, die "an allen Schulen gelehrt wird und nur Deutsche als Täter sieht". Als Ausweg erscheint allein die Überwindung des "korrupten Systems" – gemeint ist der demokratische Verfassungsstaat – und die Schaffung einer rein deutschen Volksgemeinschaft. Die CD enthält auch eine Computer-Datei mit Listen beispielsweise der Internetadressen von Neonazi-Gruppen und rechtsextremistischer Musik-Versände sowie mit Materialien der NPD und der "Kampagne Ausländerstopp".

Erlebniswelt Rechtsextremismus

Sind Systematik und Ausmaß der Aktion auch neu, so gilt dies für die strategische Stoßrichtung nicht. Seit Jahren bemühen sich rechtsextremistische Kreise, an die zeitgenössische Jugendkultur Anschluss zu finden: Sie greifen neue Medien und eine große Bandbreite aktueller Musik auf, darunter schnelle und aggressive Rhythmen, die an Punk und Metal-Stile angelehnt sind, aber auch Balladen kommen vor sowie Coverversionen bekannter Schlager – Gassenhauer mit neuen, rechtsextremistischen Texten. Dazu tragen 95 Skinhead-Bands bei, die nach Angaben des Bundesamtes für Verfassungsschutz im Jahr 2003 aktiv waren (2002: 90). Einem Teil der Szene gelingt auf diese Weise eine Modernisierung ihrer Ästhetik. Das Erscheinungsbild des Rechtsextremismus ist häufig nicht mehr "ewiggestrig"; vielmehr verbindet sich rückwärtsgewandtes, inhumanes Denken mit der Symbolsprache des 21. Jahrhunderts. Diese Verpackung umhüllt in der Regel altbekannten Rassismus, der in einigen CDs der Szene bis zur Verherrlichung des Mordes an Schwarzen geht. Wissenschaftler sprechen von einer "Erlebniswelt Rechtsextremismus", die zur Attraktivität der Szene bei manchen Jugendlichen erheblich beiträgt. Nach empirischen Studien und Aussteigerberichten ist gerade die Musik mit rechtsextremistischen Inhalten ein wichtiger Faktor, der zum Einstieg in die Szene animiert. Hinzu kommt die breite Palette von zurzeit rund 1.000 Internet-Seiten deutscher Rechtsextremisten, die im modernen, mitunter technisch professionellen Gewand beispielsweise Fremdenfeindlichkeit und ein positives Bild des Nationalsozialismus vermitteln. Auf diese Weise gelingt es, rechtsextremistisches Gedankengut auch an Jugendliche heranzutragen, die nicht in der Szene verankert sind. Die Macher der CD zum "Projekt Schulhof" brachten ihr Ziel bereits in einem der ersten Aufrufe recht offen zum Ausdruck: Es gehe darum, "noch nicht gefestigte Schüler" zu erreichen.

Politisch ist Breitenwirkung das Ziel; zudem ist die rechtsextremistische Erlebniswelt mit kommerziellen Interessen verwoben. Das "Projekt Schulhof" ist offensichtlich auch der Versuch, neue Absatzmöglichkeiten für Musik mit rechtsextremistischen Inhalten zu erschließen. Auch in dieser Hinsicht spricht der Aufruf eine deutliche Sprache: Er richtet sich vorwiegend an Aktivisten, die entsprechende Musik produzieren oder mit ihr handeln; sie sollten auch den kommerziellen Nutzen – "die PR-Wirkung innerhalb der Szene" – bedenken, da die Unterstützer publik gemacht würden, und sich der "potentiellen Kunden" bewusst sein, "die durch solch eine Aktion gewonnen werden könnten".

Agitationstechniken und politische Botschaften

Politische Inhalte und Agitationstechniken werden vor allem in der Einleitung der CD deutlich. Als typischer Propagandatext zeichnet sie sich durch das durchgängige, plakative Gut-Böse-Schema aus: Das Intro entwirft das Bild eines Wert-losen Deutschland, das durch Begriffe wie "Korruption", "Kriminalität", "Drogen", "Gewalt" und "Arbeitslosigkeit" gekennzeichnet wird. Hervorgerufen werde diese Situation teils durch Egoismus, teils durch Böswilligkeit der Herrschenden ("die anscheinend nichts weiter im Sinn haben, als uns und unser Land dem vollkommenen Ruin einen Schritt näher zu bringen"). Im Anschluss wird das Gegenmodell einer deutschen Gemeinschaft gezeichnet, die mit existenziell-positiv besetzten Attributen verbunden wird wie "gesund", "glücklich" und "stark". Die eigene – rechtsextremistische – Szenerie wird geradezu heroisiert: "In unseren Reihen sind Freundschaft, Zusammenhalt, Kameradschaft und Gemeinschaft nicht bloß leere Worte. Wir leben, fühlen und handeln danach." Tatsächlich macht das Gefühl, in eine enge Gemeinschaft von Gleichgesinnten eingebunden zu sein, die Szene für manche Jugendliche attraktiv. Rechtsextremistische Gruppen werden mitunter als eine soziale und politische Heimat oder geradezu als Ersatzfamilie empfunden. Diese "Kameradschaft" ist allerdings an einen nicht zu hinterfragenden politischen Konsens gebunden, insbesondere an fremdenfeindliche Haltungen. Die Gruppe ist zu einem Kollektiv zusammengeschweißt, das internen Meinungspluralismus und letztlich

individuelle Identitäten nicht oder nur sehr begrenzt aushält. Aussteiger der rechtsextremistischen Szene berichten häufig von dem Gefühl, durch Angehörige dieser Szene körperlich bedroht zu sein. Mitunter ist es zu entsprechenden Angriffen auf Aussteiger gekommen.

Im ersten Teil des Intros, der Beschreibung des derzeitigen Zustands, knüpft der Text an Zukunftsängste von Jugendlichen an: So heißt es als rhetorische Frage: "Wie viele von euch haben einen festen Arbeitsplatz in Aussicht – geschweige denn eine gesicherte Zukunft?" Die Ursachen faktisch vorhandener Probleme werden personalisiert. Zwei Gruppen tauchen auf und werden direkt oder indirekt verantwortlich gemacht: Dies gilt für Politiker demokratischer Parteien, zwischen denen nicht differenziert wird, sowie für jedwede Personen, die keine Deutschen sind oder nicht als Deutsche akzeptiert werden. Auf der anderen Seite erklärt der Text – geradezu im Stile einer Heilslehre: "Wir sind der festen Überzeugung, dass eine bessere Zeit möglich ist."

Die Verfasser gehen offenbar davon aus, dass eine auf den ersten Blick erkennbare politische Agitation das jugendliche Publikum verschrecken, sogar strafrechtlich relevant sein könnte. Daher sind ideologische Bezüge zurückhaltend formuliert, Reizworte wie das der "Rasse" oder eindeutige Parolen wie "Ausländer raus!" tauchen nicht auf. Entsprechende Konturen sind gleichwohl erkennbar. Dies gilt beispielsweise für die fremdenfeindliche Färbung des Textes und das Konzept der Volksgemeinschaft, das am Schluss anklingt. Das Intro beschwört das Ideal einer streng nach ethnischen Linien differenzierten Welt – dies entspricht dem Theorem des "Ethnopluralismus": Demnach ist jegliche Mischung ethnischer Gruppen schädlich für das Gemeinwesen, bedrohen Menschen, die ethnisch keine Deutschen sind, die Homogenität, letztlich Qualität und Bestand Deutschlands. Entsprechende Akteure bestreiten vielfach, fremdenfeindliche Haltungen zu vertreten. Vielmehr geben sie humanitäre Motive vor, da nur in einer ethnisch homogenen Umgebung der Einzelne tatsächliche Identität finden könne. In diesem Sinne heißt es im Intro: "Wir wollen alle Völker und Kulturen dieser Erde in ihrer wunderbaren Einzigartigkeit erhalten. Wir sind keine Ausländerfeinde! Wir lieben das Fremde – in der Fremde."

Fazit

Das Intro stellt das politische Credo des "Projekts Schulhof" dar – das Vorwort zum maßgeblichen Inhalt der CD: dem Rechtsrock, der in erster Linie unterhalten und die rechtsextremistische Szene auf diese Weise bei Jugendlichen attraktiv machen soll. Insofern ist die CD ein treffendes Beispiel für den derzeitigen Rechtsextremismus in Deutschland, der sich auf vielfältige Weise bemüht, Erlebnisangebote, Unterhaltung und politische Botschaft zu kombinieren. Diese Entwicklung ist nicht neu; sie wird aber im Rahmen des "Projekts Schulhof" besonders systematisch und in einem breiten Bündnis der Aktivisten vorangetrieben. Inhaltliche Akzente setzt vor allem der Vorspann: Er bemüht sich, ein nationalistisches und fremdenfeindliches Gedankengut sowie die Ablehnung des demokratischen Staates an Jugendliche heranzutragen. Auf diese Weise trägt er zur Vermittlung von Feindbildern und völkischer Orientierung bei – von Kernelementen rechtsextremistischen Denkens. Dies geschieht in einer sprachlichen Form, die nicht auf den ersten Blick als politische Agitation erkannt werden und strafrechtlich nicht relevant sein soll. Auf eine ausbleibende Wirkung lässt der zurückhaltende Duktus allerdings nicht schließen. So verabscheuenswürdig die besonders brutalen Varianten rechtsextremistischer Propaganda auch sind, so zeigt die Erfahrung vieler Pädagoginnen und Pädagogen doch eines: Je unverfänglicher die Aussagen auf den ersten Blick erscheinen, desto eher könnten gerade Kinder und Jugendliche sie unkritisch aufnehmen. Es besteht die Gefahr, dass die ausgrenzende und ablehnende Haltung hinter einem Satz wie "Wir lieben das Fremde – in der Fremde" nicht erkannt wird. Er richtet sich aber eindeutig gegen das demokratische Ziel der Integration, bei dem es um ein verständiges Miteinander unterschiedlicher Kulturen auf der Basis gemeinsamer Eckwerte geht.

4 Linke zeigen Flagge – der interne Konflikt mit den Antideutschen

Was früher unvorstellbar war, ist heute fast schon ein gewohntes Bild: auf Demonstrationen führen Antifas die Nationalflaggen Israels und der USA mit. Aufgebrachte Auseinandersetzungen beschäftigen deshalb die linksextremistische Szene. Seit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten und dem damit einhergehenden Scheitern der kommunistischen Gesellschaftsalternative muss sie sich ideologisch neu orientieren. Unterschiedliche Schwerpunkte und Sichtweisen haben dabei zu auseinander klaffenden Positionen geführt; die zum Teil konträre Bewertungen aktueller (gesellschafts)-politischer Fragestellungen führt beinahe zwangsläufig zu Konflikten.

"Antideutsche" als eine neuere Strömung der antifaschistischen Linken verfolgen zwar einerseits klassische linke Positionen und Ideologieansätze, brechen aber andererseits mit tradierten Vorstellungen etwa zum Nationalstaat oder zum "Feindbild USA". Sie wenden sich nach der Wiedervereinigung gegen ein wiedererstarkendes, angeblich imperialistisches Großdeutschland und berufen sich auf die besondere Verantwortung der Deutschen gegenüber dem jüdischen Volk. Sie nehmen daher – anders als die übrige Linke – im israelisch-palästinensischen Streit eine strikt Israelfreundliche Haltung ein. Während vor allem autonome Linke Nationalstaaten und Staatsvölker als Konstrukte bürgerlicher Herrschaft grundsätzlich ablehnen, fordern Antideutsche ein Refugium für alle Juden auf nationalstaatlicher Grundlage. Auf Demonstrationen sondern sie sich von anderen Linken ab und provozieren diese, indem sie die israelische und us-amerikanische Flagge zeigen. Diese Position führt zumindest so lange zu heftigen Reaktionen in der linken Szene, wie der Nah-Ost-Konflikt in der aktuellen Schärfe geführt wird.

Antifaschismus ist gemeinsamer ideologischer Ausgangspunkt autonomen Politikverständnisses

In dem vielfältigen Bereich aller Gruppierungen und Organisationen, die sich dem linksextremistischen Kampf gegen faschistische, nationalistische und rassistische Tendenzen verschrieben haben, lässt sich eine Vielzahl von Initiativen ausmachen, die anarchistische und autonome, radikale und revolutionäre, antiimperialistische und antideutsche Präferenzen ausbilden. Gemeinsame ideologische Grundlage aller linksextremistischen Antifaschisten ist der Kampf gegen Faschismus, Rassismus und Nationalismus.

Antifaschismus wurzelt im Widerstand gegen die Diktatur des Dritten Reiches und im Kampf gegen rechtsextremistische Ideologie und ihre gesellschaftspolitische Ausformung. Demgegenüber haben Linksextremisten/Autonome ein anderes Grundverständnis und verfolgen weitergehende Ziele. Danach nutzt der staatsmonopolistische Kapitalismus die in der heutigen Gesellschaft vorhandenen faschistischen Tendenzen für seine Politik. Nur die Abschaffung des Kapitalismus und die damit verbundene Überwindung aller Klassengegensätze führt nach der so genannten "Dimitroff-Doktrin" zur Abschaffung des Faschismus. Nach dieser Überzeugung ist nur der ein echter Antifaschist, wer die bürgerliche Gesellschaftsordnung bekämpft. Im Kern gilt diese Theorie für orthodoxe und autonome Antifas noch immer ("Antifa ist der Kampf ums Ganze").

Die Ideologie der Antideutschen

Im Grunde gilt diese Doktrin auch weiterhin für die Antideutschen. Sie ziehen – wie im Folgenden zu zeigen ist – jedoch aus der Rolle Deutschlands Schlüsse, denen die übrige autonome Szene nicht folgen kann.

Die Geschichte der antideutschen Strömung beginnt zur Zeit der deutschen Wiedervereinigung, als sich eine Diskussion über das zu befürchtende oder von Teilen schon attestierte Großmachtstreben des wiedervereinigten deutschen Staates entwickelte. Man befürchtete, dass imperialistische Bestrebungen des nationalsozialistischen Deutschland erneut aufleben würden. An diese Einschätzung knüpft bei den so genannten Antideutschen die grundlegende Ablehnung "Deutschen Handelns" an. Ihre Position fand scheinbar Bestätigung im außenpolitischen Engagement Deutschlands bei den Konflikten auf dem Balkan und in Afghanistan: Erste Auslandseinsätze der Bundeswehr und die Begründungen der politischen Führung wurden als unzweifelhaftes Indiz für das imperialistische Großmachtstreben gewertet.

Auch die teilweise Einbettung deutscher Außenpolitik in einen gesamteuropäischen Kontext änderte nichts an der Bewertung, da der europäische Weg als effizienteste Strategie zur Vergrößerung deutscher Weltgeltung – bei gleichzeitiger Schwächung der US-amerikanischen Machtposition – diffamiert wird. Beispielsweise wurde am 24. Juni 2004 in Köln im Rahmen einer Bundeskampagne unter dem Motto: "Die neue Heimat Europa verraten" zu einem Vortrag und Diskussion mit zwei Referenten des 'Bündnis gegen Realität' (vorher 'Bündnis gegen Rechts') aus Leipzig eingeladen. Die Einladung endet mit den Worten: "Links ist da, wo keine Heimat ist. Keine Nation Europa, kein Deutschland". Die Unterstützung der USA als seit jeher gegen deutsches Großmachtstreben einschreitender Protektor und "Befreier von Auschwitz" ist dann quasi logische Konsequenz antideutschen Denkens.

Im Kern antideutscher Ideologie steht indes die Kritik am Antisemitismus und damit an den Gräueltaten Deutschlands zu Zeiten des Dritten Reichs. Die Schuld des deutschen Volkes an den schrecklichen Geschehnissen des Holocaust führe zu einer besonderen Verantwortung gegenüber allen Juden in der Welt. Nach der Vernichtung des europäischen Judentums durch die Deutschen und ihre "Hilfsvölker" und dem Scheitern des kommunistischen Experiments sei der Staat Israel das letzte Refugium für die – antisemitischen Verfolgungen und Hass ausgesetzten – Juden weltweit. Entgegen der sonst unter linken Internationalisten verbreiteten Ablehnung einer nationalstaatlichen Ordnung und der damit verbundenen gesellschaftlichen Unterdrückung, wird der Staat Israel nicht nur toleriert, sondern akzeptiert und protegert. Die Zustimmung umfasst dabei auch die USA, die sich seit jeher als Schutzmacht Israels verstanden haben.

Beim Stichwort USA schließt sich der argumentative Kreis, denn diese sorgten mit den Alliierten für eine Befreiung Deutschlands von der Nazi-Diktatur. Der hierfür ausgesprochene "Dank" der Antideutschen bezieht sich auch darauf, dass "die Wehrmacht dabei letzten Endes zerstückelt wurde" und "deutsche Soldaten ihren wohlverdienten Heldentod starben". Auch das Bombardement deutscher Großstädte im zweiten Weltkrieg, exemplarisch wurde Dresden genannt, wird als Befreiungsakt glorifiziert. Unter dem Titel "Dank an Bomber Harris" wird seitens der Antideutschen auf Flugblättern und in Internetforen kritisiert, dass sich die Deutschen in der Erinnerung und dem Gedenken an den 13. Februar 1944 "vom Täterkollektiv zum Opferkollektiv umfälschen".

Mit dem ideologischen Spagat, einerseits gegen ein angeblich imperialistisches Groß-Deutschland anzukämpfen, andererseits Solidarität für die in der linken Szene als Inbegriff des Imperialismus und Weltkapitalismus geltenden USA zu bekunden, scheinen Antideutsche mühelos umgehen zu können.

Selbst bewaffnete Aktionen sowie Kriegseinsätze – der Irakkrieg wird als Kampf gegen antiisraelische und damit antisemitische Kräfte im arabisch-islamischen Raum begriffen – werden mehrheitlich befürwortet. Die israelische Armee wird dementsprechend als die staatlich organisierte zentrale Verteidigungsinstanz des Judentums gegen die "antisemitische Raserei" anerkannt. Der Kampf ums Überleben sei auf-

grund der Verfasstheit seiner Gegner und des Charakters des Staates selbst ein antifaschistischer, denn seine Feinde – die Nationalsozialisten wie Djihadisten und ihre Sympathisanten – seien sich zumindest in diesem Punkt einig: im Hass auf die Juden und ihren Staat. Einen Ausweg sehen die Antideutschen im Kommunismus. Denn dieser Krieg, der mit der Gründung des Staates Israel am 14. Mai 1948 begann, würde solange fort dauern, bis die kommunistische Weltrevolution die Bedingung des antisemitischen Wahns – die kapitalistische Vergesellschaftung – endlich aus der Welt geschafft habe. Deswegen sei der Kampf um eine andere Gesellschaftsform untrennbar mit der bedingungslosen Solidarität mit Israel und seinen bewaffneten Organen verbunden.

Wie weit diese Verbundenheit reicht, zeigen prägnante Namensgebungen beispielsweise aus der Duisburger Szene. Bellizistisches Verständnis bringen der Titel der dortigen Zeitung 'T-34' (= russischer Panzer im 2. Weltkrieg) sowie der Name der Gruppierung '3D' (=D-Day Duisburg) zum Ausdruck. Der Krieg gegen den Irak wird in vereinfachter geschichtlicher Analogie zur Befreiung Deutschlands vom Holocaust als Befreiung des irakischen Volkes sowie Eliminierung antisemitischer Islamisten gefeiert. Die Luftangriffe auf Bagdad werden ebenso wie die Bombardierung Dresdens glorifiziert.

Hier zeigt sich die zweite Argumentationsschiene der Antideutschen: Neben der Ablehnung allen deutschen Großmachtstrebens (=Antideutsch) wird der Antisemitismus als wesentliches und konstituierendes Merkmal (auch) des Islamismus gedeutet. Der islamistischen Barbarei wird die westliche Zivilisation entgegengesetzt, die zumindest das Bedürfnis nach individuellem Glück erzeuge. Dieses Bedürfnis könne zwar durch den Kapitalismus nicht befriedigt werden, biete aber den Anstoß für einen emanzipatorischen Kampf. Letztlich wird der gegen die islamistischen Kräfte kämpfende Kapitalist (allen voran die USA) als Verbündeter gesehen, da er den ersten Schritt – nämlich menschliche, ökonomische und politische Verbesserung – realisieren könne. "Wir sind Kommunisten und entscheiden uns in der aktuellen Situation für das geringere Übel" lautet dementsprechend die Devise einiger. Die Wahl zwischen klassischen bürgerlichen Demokratien wie den USA und Großbritannien auf der einen und einem "deutschzentrierten Europa" auf der anderen Seite, falle ihnen nicht schwer.

Im Ergebnis decken sich beide Argumentationen der Antideutschen. Die polarisierende Schwarz-Weiß-Bewertung reduziert ihr Weltbild auf eine simple Freund-Feind-Sicht: pro Israel und pro USA, gegen Deutschland, Palästina und die islamische Welt.

Was sich für Außenstehende als Widersprüchlichkeit der Argumentationslinie darstellt, nehmen Antideutsche als abgestuftes Kalkül wahr: einerseits wird die kapitalistische Vergesellschaftung als Bedingung des antisemitischen Wahns angesehen, die letztlich nur durch eine kommunistische Weltrevolution überwunden werden könne, andererseits wecke der Kapitalismus das Bedürfnis nach dem individuellen Glück und sei deshalb als notwendige Übergangsstufe zur besseren Gesellschaft und jedenfalls als "Bollwerk" gegen den Islamismus zu unterstützen.

Mit dem Beginn der so genannten "Al-Aksa-Intifada" im Jahre 2000, spätestens aber seit dem 11. September 2001, hat die Antisemitismusdebatte in der linken Szene neue Nahrung bekommen und an Schärfe zugenommen. Im Israel-Palästina-Konflikt vertreten die Antideutschen – aus ihrer Sicht ideologisch konsequent – eine klare Haltung zugunsten Israels und der USA, während die Gegenseite – hierzu gehören alle, die nicht konsequent für Israel Position beziehen – als zu bekämpfender Feind gesehen wird. Diese Haltung führt zu vehementen Konflikten in der linken Szene. Kritikpunkt hier ist der "einfache Seitenwechsel" der Antideutschen, die als Linke aus den Auseinandersetzungen um das Verhältnis Israel/Palästina von einem bedingungslosen Eintreten für den "Freiheitskampf des palästinensischen Volkes" zur bedingungslosen "Solidarität mit Israel" gefunden hätten.

Zersplitterung der linken Szene

Nach den stürmischen Zeiten des gesellschaftlichen Umbruchs geriet die deutsche Linke in den 1980er Jahren in eine tiefgreifende Orientierungslosigkeit. Durch den Zusammenbruch der realsozialistischen Systeme beschleunigte sich der Zersetzungsprozess der politischen Linken in der Bundesrepublik, führte aber auch bei einem Teil der Linken zur theoretischen Neubestimmung ihrer Politik.

In der Einsicht, über den bloßen Anti-Nazi-Kampf nicht zu einer revolutionären Perspektive in Form einer radikalen Herrschafts- oder Kapitalismuskritik zu gelangen, haben sich viele Szenegruppierungen in den letzten Jahren vom starren Fokus des Kampfes gegen den Faschismus gelöst. Die Betroffenheit, die durch konkrete Vorfälle wie in Rostock, Hoyerswerda, Mölln oder Solingen ausgelöst wurde, konnten Antifa-Gruppen für die Werbung junger Menschen zur Mitarbeit nutzen. Danach verlagerten sich die Diskussionen allerdings zunehmend auf abstraktere Themenfelder wie Globalisierung oder soziale Fragestellungen, deren Inhalte schwieriger zu vermitteln sind. Diese Neubestimmung wurde durch das Gefühl gefördert, etwas bewegen und grundsätzliche Fragestellungen diskutieren zu können, das aufgrund der Erfahrungen der Proteste anlässlich der Weltwirtschaftsgipfel 1999 in Seattle und 2001 in Genua gewachsen war.

Für die antiimperialistische Strömung wiederum waren die Kriegsinterventionen der Amerikaner im Irak von großer Bedeutung, da sich hier für die Kritiker zeigte, dass die USA ebenso wie die beteiligten Industrienationen ihre Hegemoniebestrebungen in politischer, militärischer und vor allem wirtschaftlicher Hinsicht mit brachialem Nachdruck verfolgten. Erinnerungen an Korea und Vietnam wurden wach, pazifistisches Engagement und Eintreten für Frieden und Gewaltlosigkeit wiederbelebt.

Neben diesen antiimperialistischen und globalisierungsfeindlichen Ideologien hat sich als eine weitere Grundhaltung die Strömung der Antideutschen herausgebildet, die jedoch – wie bereits erläutert – im Vergleich zur klassischen Linken zu gegensätzlichen Schlussfolgerungen gelangt.

Die Kontroversen zwischen diesen Anschauungen sind so tiefgreifend, dass sich altgediente Antifa-Gruppen spalten oder gar auflösen. Auch in der linksextremistische Szene ist dabei umstritten, ob dies allein dem Aufkommen antideutscher Bestrebungen geschuldet ist, oder ob ein allgemeiner Rückgang des politischen Interesses (mit)verantwortlich ist; jedenfalls nimmt die Zahl der Beispiele zu und lässt sich mit der Bildung neuer, größten Teils antideutscher Gruppierungen sowie der Trennung beziehungsweise Auflösung alter "klassischer" Antifa-Gruppen untermauern. Jüngste Beispiele sind die Auflösungen der beiden "etablierten" Antifa-Gruppen in Köln und Göttingen im Frühjahr 2004.

Die 'Antifa (M)' aus Göttingen hat sich dabei nach eigenen Angaben am 29. April 2004 nach 14-jähriger Existenz in neue Gruppen gespalten, die alle nach wie vor "in Konfrontation mit der gesellschaftlichen Realität des kapitalistischen Systems" stehen. Als eine dieser Abspaltungen hat sich eine antideutsche Fraktion verselbständigt.

Die 'Antifa Köln' ließ demgegenüber nur verlauten, für sie sei "Game over". Nach rund sieben Jahren führten die politischen Richtungsstreitigkeiten zur faktischen Auflösung. Während die "konservativen" Kräfte nach wie vor die Ausrichtung auf den Kampf gegen die Neonazis priorisierten, wollten andere, dass soziale Fragen, Globalisierung, Privatisierung und radikale Kapitalismuskritik stärker thematisiert werden. Inwieweit antideutsche Positionen ursächlich waren, lässt sich allerdings von außen nicht einschätzen.

Die kontroversen Haltungen in der linken Szene zeigen sich im übrigen in vielen autonomen Zentren und Begegnungsstätten, in denen über die gemeinsame Nutzung mit bzw. den Ausschluss von Antideutschen diskutiert wird. So wurde im Mai der (antideutschen) 'Georg-Weerth-Gesellschaft' (GWG) in Detmold von der Verwaltung des autonomen Zentrums "Alte Pauline" ein Hausverbot erteilt wurde. Es kam zu tätlichen Auseinandersetzungen.

Konfrontationen zwischen Antideutschen und Antiimperialisten

Aufgrund ihres bedingungslosen Eintretens für den israelischen Staat und die diesen protektierenden USA stehen die Antideutschen im vehementen Widerstreit mit den Antiimperialisten. Beide Strömungen – mit wiederum unterschiedlichen Ausprägungen – stehen sich in ihren Positionen so polar gegenüber, dass es bei Demonstrationen in der jüngeren Vergangenheit zu (körperlichen) Auseinandersetzungen gekommen ist.

Äußerlich ablesbar ist die Kontroverse zunächst bei Kundgebungen, die den gemeinsamen Protest der linken Szene gegen antisemitische Bestrebungen zum Ausdruck bringen sollen. Ausgehend von dieser verbindenden Triebfeder bilden sich innerhalb der Demonstranten unterschiedliche Blöcke, die im Ergebnis ihre völlig konträre Haltung gegenüber Israel und den USA zeigen. Während die klassische linke Szene ihre Solidarität mit Palästina bekundet und gegen die mit Waffengewalt agierenden USA und Israel vehement protestiert, tauchen Antideutsche in den Demonstrationen mit Israel- und USA-Flaggen sowie unterstützenden Transparenten auf und provozieren durch ihr Verhalten in vielen Fällen zu (auch körperlichen) Auseinandersetzungen zwischen den linken Protestlern. Dies gilt umso mehr, als Antideutsche häufig versuchen, die Vorherrschaft in der Kundgebung zu gewinnen und diese zu dominieren. Aber auch in anderen Großdemonstrationen linker Gruppen zu sozialen Themen kann es vorkommen, dass sich antideutsche Blöcke bilden, um die an sich thematisch anders gelagerte Kundgebung für eigene Zwecke zu "missbrauchen".

Jüngstes Beispiel für eigenständige antideutsche Aktionen gegen Neonazis war die antifaschistische Demonstration am 25. Juni 2004 in Bochum-Wattenscheid, als 200 - 250 Personen am Vorabend eines Aufmarsches Rechtsradikaler gegen den Bau einer jüdischen Synagoge eine Gegenveranstaltung organisierten. Unter Anlehnung an ein Woody Allen-Zitat zu Antisemiten – "Ich bevorzuge Baseballschläger" – zeigten die Antideutschen Flagge mit Parolen wie "Wer Deutschland mag, muss scheiße sein – wir hauen alles kurz und klein", "Gegen jeden Antisemitismus – Nieder mit Deutschland – Für den Kommunismus", "Nazizentren abreißen! – Rassismus und Antisemitismus bekämpfen!", "Deutschland in den Rücken fallen" oder "Game over, Krauts!".

Bei der ersten Gegendemonstration gegen eine NPD-Kundgebung anlässlich des Synagogenbaus hatten Antideutsche am 13. März 2004 in Bochum zu einem "Bündnis für Solidarität mit Israel" unter dem Motto: "Gegen Antisemitismus – Solidarität mit Israel" aufgerufen.

Wie tief der Riss zwischen Antideutschen und Antiimperialisten zum Teil ist zeigt die Demonstration vom 10. Juli 2004 in Berlin. Dort bedurfte es nicht einmal mehr eines "rechten Feindbildes". Vielmehr protestierten etwa 150 - 200 bundesweit mobilisierte Antideutsche in Kreuzberg und Neukölln gegen die linken Einwohner eben dieser Bezirke Berlins. Der Aufruf zur Demonstration wirft den Einwohnern in diesem "Wehrdorf" vor, "nichts gegen Juden [zu haben], solange sie tot sind." Der Lautsprecherwagen trug ein Transparent mit der Aufschrift "Kein Fußbreit den Islamisten". Viele Israel-Flaggen und Transparente, welche "Bomber Harris" ehrten, waren zu sehen. Dieses Verhalten aktivierte 200-250 ebenfalls dem linken Lager zuzurechnende Personen, die mit Palästina-Flaggen, aber auch Sprüchen wie "Narrenfreiheit für die Bahamas", "Lang lebe Island" und "Lang lebe Taka-Tuka-Land" zu sehen und zu hören waren. Über der Oranienstraße hing ein Transparent "Stoppt die zionistische Besatzung – Freiheit für Palästina".

Die Gegendemonstranten umringten den antideutschen Zug dabei so, dass die Polizei zur Trennung der beiden Gruppen eingesetzt werden musste. Linke mussten durch die "verhasste Staatsgewalt" vor Linken geschützt werden: abgeschirmt von Polizeikräften bewegten sich die Antideutschen langsam durch die beiden Berliner Stadtbezirke.

Ebenso zeichnete sich am 5. Juni 2004 in Köln eine besondere Konstellation ab, als die linke Szene in zwei Veranstaltungen ihre internen Kontroversen zum Ausdruck brachte, ohne dass es eines rechtsextremistischen Anstoßes bedurft hätte.

Zum Einen fand dort die internationale Konferenz "Stop the wall! Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel" statt, an der über 400 Personen aus dem In- und Ausland teilnahmen. Innerhalb der Konferenz versuchten Antideutsche durch kritische Wortbeiträge aufzufallen. Sie wurden vom Ordnungsdienst rigoros und zum Teil mit körperlicher Gewalt aus dem Veranstaltungsbereich entfernt.

Zum anderen hatte die Antideutsche Szene anlässlich dieser Konferenz ebenfalls in Köln eine Gegenkundgebung "Solidarität mit Israel" mit vielen Israelfahnen und Infomaterialien durchgeführt, an der rund 100 Personen teilnahmen. In einem Aufruf der Antideutschen hierzu hieß es: "Das Recht auf Selbstverteidigung des Staates Israel gegen die Teilnehmer/Innen und Besucher/Innen der Konferenz 'Stop the wall' zu verteidigen und vor Ort die Solidarität mit dem Land praktisch werden zu lassen, das gegründet wurde, um all jenen, die von Antisemiten verfolgt werden, Schutz zu bieten. Lang lebe Israel". Trotz dieser Provokationen kam es nicht zu Übergriffen oder nennenswerten Störungen.

In Duisburg veranstaltete die linke Szene aus Anlass des 1. Jahrestages des Irakkrieges am 20. März 2004 eine Demonstration mit 250 - 300 Teilnehmern. Hier versuchten Antideutsche die Veranstaltung zu stören, indem sie vom Dach eines Parkhauses Handzettel mit Parolen wie "gegen Antisemitismus & Anti-Amerikanismus" warfen, Transparente mit der Aufschrift "Bekämpft den Anti-Amerikanismus" ausrollten, eine Rauchbombe und eine grüne Leuchtkugel zündeten sowie eine israelische Fahne schwenkten.

Antideutsche in NRW

Regionale Schwerpunkte der antideutschen Szene in Nordrhein-Westfalen bilden nach wie vor Köln, Duisburg und das westliche Ruhrgebiet, das östliche Ruhrgebiet mit Schwerpunkten in Dortmund und Recklinghausen sowie Münster.

In Köln existieren die 'Gruppe Casablanca' sowie die 'Georg-Weerth-Gesellschaft e.V.', ein Zusammenschluss antideutscher Kommunistinnen und Kommunisten, die radikale Kritik am Bestehenden zum Zwecke seiner revolutionären Umwälzung formulieren wollen.

Im westlichen Ruhrgebiet sind mit der 'Antifa Duisburg', der Gruppe '3D' (für: D-Day Duisburg) sowie der Gruppe 'A2K2' aus dem 'Druckluft-Zentrum' in Oberhausen gleich drei antideutsche Gruppen aktiv. Die 'Antifa Duisburg' bringt zudem mit der Zeitung 'T-34' die einzige nennenswerte Publikation aus NRW auf den Markt. Andere überregionale Veröffentlichungen, die nicht aus NRW stammen, aber in diesem Zusammenhang genannt werden sollen, sind 'bahamas', 'konkret', 'jungle world', 'phase 2', 'iz3w' oder 'fluchschrift'.

Im östlichen Ruhrgebiet sind mit der 'Kommunistischen Initiative' und der 'Antifaschistischen Aktion' zwei Gruppierungen aus Dortmund, sowie mit der 'Antifa (X)' Recklinghausen weitere Antideutsche Gruppierungen regelmäßig aktiv.

Insgesamt sind über NRW verteilt weitere, oftmals sehr kleine Gruppierungen aktiv. Im westfälischen Bereich sind in der Universitätsstadt Münster mit der 'Offenen Antifa Münster' (OAM) und der 'Antifaschistischen Offensive Münsterland' zwei antideutsche Gliederungen zu verzeichnen.

Fazit

Bei dem Phänomen der Antideutschen handelt es sich um eine antifaschistische Strömung, die viele scheinbare Widersprüchlichkeiten aufweist. Obwohl gegen imperialistisches Großmachtstreben Deutschlands protestierend, werden die USA und damit der imperialistische Inbegriff der linken Szene schlechthin unterstützt, obwohl der deutsche Nationalstaat und der europäische Zusammenschluss abgelehnt werden, präsentieren Antideutsche die Nationalflaggen Israels und der USA auf Demonstrationen.

Entgegen erster Einschätzungen, die das Phänomen als eine nur kurzzeitige Erscheinung auffassten, hält sich diese Strömung mittlerweile über einen längeren Zeitraum. Solange der Konflikt zwischen Palästina und Israel in seiner aktuellen Deutlichkeit schwelt, ist auch nicht zu erwarten, dass die unterschiedlichen Positionen an Aktualität und damit an Zulauf verlieren werden. Aufgrund gesellschaftsüberwindender ideologischer Zielsetzung und der zum Teil massiven Konfrontationslagen zwischen den linken Lagern werden Polizei und Verfassungsschutz auch zukünftig nicht umhin kommen, sich mit den Antideutschen zu beschäftigen.

5 Das Terrornetzwerk um Usama Bin Laden – ideologische Grundlagen und aktuelle Entwicklungen

Bei den Anhängern Usama Bin Ladens lässt sich vor allem die puritanische Auslegung des wahhabitischen Islamverständnisses nachweisen. Zentrale Merkmale dieser Religionsinterpretation sind die strikte Konzentration auf Koran und Prophetentradition als handlungsweisende Texte, die Ablehnung aller Neuerungen, die die Wahhabiten als unvereinbar mit dem "wahren islamischen Geist" ansehen, das unbedingte Bekenntnis zur Einheit Gottes, die Durchsetzung des religiösen Gesetzes (*scharia*) sowie eine Vielzahl an Kleidungs- und Verhaltensvorschriften. Andere religiöse Strömungen im Islam werden nicht toleriert oder sogar offen bekämpft, wie die islamische Mystik. Die gewaltsame Verbreitung ihres rigiden Religionsverständnisses im Sinne eines bewaffneten Jihad war integraler Bestandteil der wahhabitischen Machtausdehnung im 20. Jahrhundert.

Das Herkunftsland Usama Bin Ladens, das moderne Saudi-Arabien, beruft sich offiziell auf die wahhabitische Lehre. Insbesondere nach dem 2. Golfkrieg von 1991 und der Stationierung amerikanischer Truppen auf dem Staatsgebiet hat sich jedoch eine scharfe islamistische Opposition im Lande herausgebildet, die sich aus den Kreisen der traditionellen Geistlichkeit (*ulama*) gespeist hat und den Positionen Usama Bin Ladens in vielerlei Hinsicht nahe stand. Bin Laden ist in den 90er Jahren vor allem durch seine Kritik am saudischen Herrscherhaus und dessen USA-Verbindungen zu seinen terroristischen Aktivitäten inspiriert worden.

Die Wesensmerkmale der Wahhabiyya

Die Bewegung der Wahhabiyya beruht auf den Lehren des hanbalitischen Gelehrten Muhammad b. 'Abd al-Wahhab (1703/4-1792) aus dem Najd (zentrale Region des heutigen Saudi Arabien), der zum Namensgeber der Bewegung wurde.

Die Grundlagen dieser "reinen Lehre des Islam" der Wahhabiyya sind ausschließlich der Koran und das Vorbild des Propheten, wie es in den Sammlungen seiner Aussprüche (*hadith*) festgehalten ist. Jeglicher Ausdruck der Volksfrömmigkeit, die den engen Auslegungen der Wahhabiyya widerspricht, wird als Abfall von der wahren Lehre interpretiert. Die Wahhabiyya beruft sich dabei auf das Vorbild der frühen Muslime. Sie zieht die wichtigen Texte, also Koran und Prophetentradition, heran und legt sie eng in ihrer wörtlichen Bedeutung aus (Skriptualismus). Die Suche nach verborgenen Botschaften im Koran oder metaphorische Interpretationen, wie sie von bestimmten islamischen Gruppierungen praktiziert werden, werden daher abgelehnt.

Zur Religionsinterpretation und -ausübung jener Zeit, also des 7. Jahrhunderts, soll die islamische Gemeinschaft nach dem Willen der Wahhabiyya zurückkehren. Der Koran wird als grundlegende Verfassung der islamischen Gemeinschaft angesehen. Die *scharia* soll die herrschende Rechtsordnung sein.

Alle späteren Entwicklungen in der Theologie gelten als "unerlaubte Neuerung". Auf Grund der engen Ausrichtung am Vorbild des Propheten erklären sich daher auch die Vorschriften, die die äußere Erscheinung des Gläubigen betreffen (Kleidung, Barttracht usw.).

Alle anderen, die ihre Auffassungen nicht teilen bzw. nach ihrer Auffassung vom Einheitsgedanken abweichen, gelten als Ungläubige. Eine strenge Unterscheidung in Gläubige und Ungläubige ist ein wichtiges Wesensmerkmal der Wahhabiyya.

Im Gegensatz zur Salafiyya des 19./20. Jahrhundert sucht die Wahhabiyya nicht den Austausch mit westlichen Ideen, sondern konzentriert sich allein auf die Vorstellung, dass eine Rückkehr zum wahren Kern der Religion diese reinigen und die Muslime in die Einheit führen werde. Die Errungenschaften aus Wissenschaft und Technik werden jedoch – wie das Beispiel Saudi-Arabiens zeigt – sehr wohl übernommen, wenn sie nicht im Widerspruch zur Wahhabiyya stehen beziehungsweise deren Einfluss beeinträchtigen könnten. So ist die Internetnutzung in Saudi-Arabien zögerlich und restriktiv gestattet worden.

Die wahhabitische Tradition Saudi-Arabiens

Der saudische Staat gründet sich auf die Tradition der Wahhabiyya und versteht sich selbst als perfekter islamischer Staat: der Koran als Verfassung, die *sharia* als Gesetz, das puritanische und strikt auf die Buchstaben der Texte ausgerichtete Religionsverständnis stellen in diesem Sinne die Umsetzung der wahhabitischen Doktrin dar.

Der saudische Staat fördert die Verbreitung seiner Lehren auch, um die eigenen Machtgrundlagen zu sichern. Staatlich gesponserter Fundamentalismus ist daher ein integraler Bestandteil wahhabitisch-saudischer Politik, die sich zu diesem Zwecke eigens gegründeter Organisationen wie der 'Islamischen Weltliga' und anderer bedient. Zudem fördert der saudische Staat weltweit islamistische Gruppierungen durch Finanzhilfen.

Seit dem zweiten Golfkrieg von 1991 hat sich auf Grund der ökonomischen und politischen Situation im Lande eine innersaudische Opposition herausgebildet, die die Legitimität des Staates zunehmend in Frage stellt und sich einer nennenswerten Popularität erfreut. Neben dem traditionellen Klerus hat sich eine neue Generation religiöser Gelehrter etabliert, die den Staat unter anderem wegen seiner engen Verbindungen zu den USA und der Erlaubnis zur Stationierung von US-Truppen auf saudischem Boden attackiert. So erließ beispielsweise der offizielle Klerus 1991 ein Rechtsgutachten, das die Stationierung der US-Truppen billigte, während aus den Kreisen der oppositionellen Geistlichkeit ein Rechtsgutachten mit der gegenteiligen Position erlassen wurde. Verschiedene Oppositionsgruppen agieren auch aus dem Exil und haben sich in Großbritannien und den USA niedergelassen.

Unterstützung findet diese Opposition insbesondere in der Mittelschicht und unter Studenten, die mit den Möglichkeiten zur politischen Partizipation unzufrieden sind und unter den Auswirkungen einer spürbaren Wirtschaftskrise leiden. Lose Untergrundgruppen, die sich dem Studium und der Verbreitung radikaler islamistischer Ideen verschrieben haben und bei Bedarf für Protestaktionen mobilisiert werden können, bergen eine potenzielle Gefahr für die innenpolitische Lage. 12.000 Saudis sollen sich zudem in Afghanistan während des Taliban-Regimes aufgehalten, 5.000 von ihnen eine militärische Ausbildung erhalten haben.

Usama Bin Laden ist als Teil dieser innersaudischen Opposition zu sehen, deren Stoßrichtung sowohl das saudische Regime als auch die westliche Welt, insbesondere die USA und Israel sind. Das saudische Regime ist nach der Lesart von Bin Laden ebenso gottlos wie die westlichen Regenten und vor allem die USA.

Die 'Al Qaida' im Jahre 2004

Wie andere islamistisch-terroristische Gruppen hat sich auch Usama Bin Ladens 'Al Qaida' nach den weltweiten Fahndungserfolgen der vergangenen zweieinhalb Jahre neu strukturiert. Sie hat sich von einer hierarchisch aufgebauten zu einer weit verstreuten Organisation mit regionalen Ablegern entwickelt. 'Al Qaida' fungiert heute vor allem als ideologisches Dach für eine Vielzahl von Gruppen, deren Anzahl nahezu unüberschaubar geworden ist und die untereinander immer neue Allianzen bilden. War dem internationalen terroristischen Netzwerk nach der Zerschlagung zahlreicher Ausbildungslager in Afghanistan sowie der Verhaftung oder Tötung namhafter Terroristen durch die USA und ihre Verbündeten zunächst nur noch eine geringe Schlagkraft nachgesagt worden, so spricht die Vielzahl der Attentate seit dem September 2001 für das Gegenteil. Die Anschläge in Madrid am 11. März 2004 sind der Beweis dafür, dass das Terrornetz um 'Al Qaida' trotz des erhöhten Verfolgungsdrucks noch immer in der Lage ist, Terroranschläge größeren Ausmaßes durchzuführen und dabei vor Europa nicht Halt macht. Da zentrale Macht- und Wirtschaftssymbole des Westens heute weitaus schwieriger anzugreifen sind als vor dem 11. September, sind vor allem die so genannten "weichen Ziele" in den Fokus der islamistischen Terroristen gerückt; dazu zählen Ziele mit Symbolcharakter wie etwa Banken, Touristenattraktionen und das Transportsystem. Hinzu kommt ein neuer "Realitätsbezug", der sich bei Al-Qaida und verwandten Organisationen feststellen lässt. Vorausschauendes, politisches Kalkül scheint an die Stelle blinden Zuschlagens getreten zusein. So waren in einem 42-seitigen Traktat mit dem Titel "Der Irak im Jihad - Hoffnungen und Risiken", das im Dezember 2003 im Internet veröffentlicht wurde, die vermeintlichen Reaktionen der spanischen Regierung auf einen möglichen Terroranschlag diskutiert worden. "Wir glauben, dass die spanische Regierung nicht mehr als zwei, höchstens drei Schlägen standhalten kann, bis es wegen des großen Drucks aus der Bevölkerung zum Abzug aus dem Irak kommt", war darin zu lesen.

Der Medien-Krieg

Die Instrumentalisierung der Medien ist zum zentralen Bestandteil der Terrorstrategie geworden. Videobänder von Usama Bin Laden und anderen Terroristen werden arabischen Fernsehsendern zugespielt, Tageszeitungen erhalten per E-Mail Propagandamaterial und Bekenner schreiben. Zu einem Schauplatz des islamistischen Terrorismus ist vor allem das Internet avanciert. Ideologische Propaganda bis hin zu Terrorhandbüchern werden über das Netz einer in diesem Umfang sonst kaum erreichbaren Zahl von Interessenten zur Verfügung gestellt. Terrorgruppen rufen im Internet zur Gewalt auf, sie werben Kämpfer für den globalen Jihad und übermitteln Botschaften an ihre "Feinde". Derzeit haben vor allem die beiden Internetveröffentlichungen 'Saut al-Jihad' (Stimme des Jihad) und 'Mu'askar al-Battar' (Trainingslager al-Battar) eine zentrale Rolle bei der Verbreitung von Jihad-Propaganda. In beiden Publikationen finden sich regelmäßig Anleitungen zum Terrorkampf sowie Erklärungen, die unter anderem aus der Führungsriege der Al-Qaida stammen sollen. Zu einer Plattform der Selbstinszenierung saudischer Terroristen hat sich vor allem 'Mu'askar al-Battar' entwickelt. Abu Hajar Abdelaziz al-Mukrin, der Kopf der 'Al Qaida' in Saudi-Arabien, der im Juni 2004 von saudischen Polizisten getötet wurde, erregte mit einem Strategiepapier, das er bei 'Mu'askar al-Battar' Ende März 2004 veröffentlichte, die Aufmerksamkeit westlicher Sicherheitsbehörden. Zwar waren zuvor immer wieder Aufrufe von ihm zum gewaltsamen Kampf gegen "Juden, Amerikaner und Kreuzritter" im Internet zu finden gewesen, doch in seinem strategischen Papier mit dem Titel: "Innerstädtische Ziele" stellte er erstmals eine Reihenfolge von "weichen Zielen" auf: in der Rangfolge der menschlichen Ziele, die für die gezielte Tötung oder Entführung ausgesucht werden sollen, stehen Juden an erster Stelle, gefolgt von Christen – wobei es auch bei diesen eine Reihenfolge gibt: erst Amerikaner, dann Briten, Spanier, Australier, Kanadier und Italiener.

Unabhängig von ihrer Authentizität bergen diese und andere Appelle eine enorme Gefahr in sich. Es steht zu befürchten, dass islamistische Terroristen und solche, die ihnen nacheifern, derartige Aufrufe als konkrete Handlungsanweisungen verstehen oder sich zumindest von ihrer Hassbotschaft inspirieren lassen. Das Strategie-Papier des Abdelaziz al-Mukrin ruft sogar ausdrücklich dazu auf, die Länder der Ungläubigen in Schauplätze terroristischer Akte zu verwandeln und dabei geographische Grenzen unberücksichtigt zu lassen.

Darstellung brutaler Gewalt

Das Internet als Forum zur Indoktrination, Rekrutierung und "Kontaktaufnahme" mit dem Gegner hat seit einiger Zeit eine weitere, grausame Funktion: es dient dazu, die Gewaltbereitschaft von Terroristen durch authentische Bilder zu untermauern. Islamistische Terroristen nutzen das Internet zur Demonstration von Anschlägen und brutalen Tötungen von Zivilpersonen. Selbstmordattentäter werden bei der Vorbereitung auf ihre Tat gefilmt, führen ihre präparierten Fahrzeuge vor oder halten ihre Mordwaffen in die Kamera. Wenig später werden auch die von ihnen verübten Attentate gefilmt und im Internet veröffentlicht. Das Internet wird auf diese Weise zu einem Handlanger des Terrors. Es ist aktuell, stets verfügbar, anonym und schwer kontrollierbar. Während Islamisten früher vor allem die blutigen Bilder von getöteten oder verletzten Muslimen in Palästina, Tschetschenien oder anderen Krisenregionen ins Netz stellten, um Aufmerksamkeit als Opfer zu finden, treten sie im virtuellen Raum heute immer häufiger als Täter in Erscheinung – als Rächer und Vollstrecker des vermeintlich göttlichen Willens. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung dokumentierte die Vorführung eines Videos im Internet, das islamistische Kidnapper im Irak im Mai 2004 von der Köpfung der amerikanischen Geisel Nicholas Berg aufgenommen hatten. Ein Video von der Enthauptung eines Koreaners folgte. Die Aufnahmen, die zum Teil wochenlang im Internet abrufbar waren, machen zweierlei deutlich: einerseits die Eskalation der Gewalt durch islamistische Terroristen im Irak und andererseits den gezielten Missbrauch moderner westlicher Technik zum Zwecke der Verbreitung von Angst und Schrecken. Nachdem im Internet weitere Videos von ausländischen Geiseln mit entsprechenden Tötungsdrohungen aufgetaucht sind, besteht die Gefahr, dass das Internet künftig verstärkt der Inszenierung des islamistischen Terrors dienen wird. Die Öffentlichkeitswirkung dieses Mediums könnte sogar zu einer weiteren Brutalisierung des Kampfes führen.

6 Die föderale Sicherheitsarchitektur – Ein Modell mit Zukunft für den Verfassungsschutz?

Die Anschläge vom 11. September 2001 haben das weltweite Bedrohungspotential des islamistischen Terrorismus nachhaltig offenbart. Das Ausmaß der Gewaltbereitschaft, die logistische Vernetzung und eine langfristig angelegte, grenzüberschreitende Vorgehensweise der Täter stehen für eine neue, globale Dimension der Gefährdung. Nach den furchtbaren Terroranschlägen in Madrid ist die Gefahr auch für Europa konkreter geworden. Deutschland kommt danach nicht nur als Ruhe- und Rückzugsraum, sondern ebenso als Aktionsfeld des islamistischen Terrorismus in Frage.

Dieser Terrorismus wendet sich nicht mehr gegen einzelne Repräsentanten oder Symbolfiguren des bekämpften Systems, wie es noch für Zeiten der 'Roten Armee Fraktion' (RAF) kennzeichnend war. Die islamistischen Terroristen suchen sich vielmehr so genannte weiche Ziele für ihre Anschläge aus, um so die gesamte Bevölkerung zu verunsichern. Entscheidend ist nunmehr vor allem eine möglichst große Zahl von Opfern, die die Verwundbarkeit der freien Gesellschaft demonstrieren sollen.

Das Profil der Terroristen hat seine klaren Strukturen verloren. Anstelle einer ideologisch fest gefügten Gruppe aus vergleichbarem Umfeld besteht das transnationale Netzwerk 'Al Qaida' aus Glaubenskämpfern, Intellektuellen, Studenten und Gewerbetreibenden bis hin zu Kleinkriminellen aus aller Welt.

Die den islamistischen Terroristen zur Verfügung stehenden Mittel sind umfangreich und stammen aus weltweiten finanziellen Transaktionen, Erlösen aus Drogen und Waffengeschäften und religiösen Spendengeldern.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unabweislich, die bestehenden Sicherheitsstrukturen an die neuen Herausforderungen – insbesondere die des islamischen Terrorismus – anzupassen.

Veränderung der Sicherheitsarchitektur?

Die Diskussion darüber wie sich die Bundesrepublik Deutschland gegen diese neue Qualität des Terrors zur Wehr setzen soll, hat eine große Bandbreite, die mit den Schlagworten Zentralisierung von Sicherheitsbehörden, Schaffung leistungsfähiger Einheiten, Einsatz der Streitkräfte im Inneren, neue Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern oder auch Zusammenfassung von Polizei und Nachrichtendiensten umschrieben werden kann.

Der wohl weitgehenste Lösungsansatz orientiert sich an der Gründung des "Department of Homeland Security" in den USA, eine Mega-Behörde mit gut 180.000 Mitarbeitern und einem Jahresetat von etwa 36 Milliarden US-Dollar, die nahezu alle Stellen konzentriert oder zumindest koordiniert, die mit der inneren Sicherheit zu tun haben.

Die regional gegliederte und bereichsspezifische Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bundeskriminalamt, Bundesgrenzschutz, Bundesnachrichtendienst, dem militärischen Abschirmdienst, dem Bundesamt für Verfassungsschutz und den Ämtern für Verfassungsschutz in den Ländern sollen nach Vorstellung vieler überwunden werden.

Dieses Modell einer zentralistischen Struktur der Sicherheitsbehörden vermag vordergründig zu überzeugen. In Zeiten knapper Ressourcen und eines staatenübergreifenden Terrorismus erscheint die Bündelung der Zuständigkeiten als ein zwangsläufiges "Muss", das Festhalten an der Trennung zwischen Polizei und den Ämtern für Verfassungsschutz als überholt, als "gefährliche Kleinstaaterei".

Bei näherem Hinsehen drängen sich dann aber vielfältige Fragen auf:

- : Weist eine neue "Mega-Behörde" nicht ähnliche Steuerungs- und Führungsdefizite wie andere große Verwaltungseinheiten auf?
- : Wie wird die Bündelung von Arbeitsergebnissen bei hoher Arbeitsteilung sichergestellt?
- : Wie wird die Informationsweitergabe innerhalb dieser Behörde sichergestellt?
- : Wie findet Kommunikation und Abstimmung zwischen der Sicherheitsbehörde und den kommunalen Behörden, wie z.B. den Ausländerämtern statt?
- : Wie soll die Kontrolle einer solch großen Sicherheitsbehörde gewährleistet werden?

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellungen und der Feststellung, dass zentral gesteuerte Sicherheitsbehörden – zumindest in Bezug auf den Anschlag in Madrid – den Beweis schuldig geblieben sind, optimierte Terrorismusbekämpfung sicherzustellen, sollte die Diskussion um die Sicherheitsarchitektur auf eine belastbare Basis gestellt werden. Ausgehend von einer Status-Quo Analyse, bei der zunächst die derzeitige Struktur und Arbeitsweise der Sicherheitsbehörden dargestellt und neue Anforderungen formuliert werden, kann dann entschieden werden, ob tatsächlich eine zentrale Organisationseinheit oder aber verbesserte Informationsstrukturen dezentraler Einrichtungen die Antwort auf die neuen sicherheitspolitischen Anforderungen geben können.

Das föderale Modell

Die derzeitige Sicherheitsstruktur ist bestimmt durch die Erfahrungen der nationalsozialistischen Diktatur. Die Weimarer Verfassung wollte die demokratischste und freiheitlichste Demokratie der Welt schaffen. Sie enthielt daher keine Sperrvorschriften, welche die Beseitigung der Demokratie hätten verhindern können. So konnte Hitler durch die Notverordnung zum Schutze von Volk und Staat und durch das Ermächtigungsgesetz die Grundrechte wie auch den Parlamentsvorbehalt außer Kraft setzen und innerhalb eines Jahres nach der Machtergreifung die "Nationalsozialistische Revolution" für abgeschlossen erklären.

Diesen extremistischen Mechanismus der Systemüberwindung auf "legalem" Wege vor Augen entschieden sich die Väter und Mütter des Grundgesetzes für eine wehrhafte Demokratie, die bestimmte Werte – die Menschenwürde, Gewaltenteilung, Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, Unabhängigkeit der Gerichte, freie Wahlen und die Verantwortlichkeit der Regierung nicht zur Disposition stellt. Durch die Unabänderlichkeitsgarantie in Art. 79 Abs. 3 GG und einen der Strafbarkeitsschwelle vorgelagerten Verfassungsschutz sollte der Legalitätstaktik von Extremisten den Boden entzogen werden.

Andererseits ging man von der Prämisse aus, dass ein Staat nicht um seiner selbst Willen bestehen darf, sondern alleine den Zweck hat, das Leben seiner Staatsbürger in Frieden, Sicherheit und Freiheit zu ermöglichen. Jede staatliche Gewaltausübung müsse sich an diesem Ziel ausrichten und messen lassen. Daher wurde eine Anhäufung von Befugnissen durch Aufteilung der Sicherheitsbefugnisse auf die Länder und Trennung von Polizei und Verfassungsschutz verhindert. Das Recht der freien Meinungsäußerung, die Vereinigungsfreiheit und das Demonstrationsrecht sollte grundsätzlich auch extremistischen Bestrebungen zustehen, soweit sie sich im Rahmen der Gesetze bewegen. Das polizeiliche Exekutivrecht sollte erst dort beginnen, wo sich eine politische Bewegung von verbal-ideologischen Auseinandersetzungen hin zu politisch motivierter Gewalt und damit in eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung entwickelt. Der Verfassungsschutz darf zwar heimlich Informationen schon im Vorfeld der Gefahrenabwehr

sammeln, ihm stehen aber andererseits keine exekutiven Kompetenzen zu (Trennungsgebot). Einen Geheimdienst wie auch eine politische Polizei, die Zwangsbefugnisse mit heimlichen Informationsbeschaffung außerhalb der Gefahrenabwehrschwelle zu einer schwer kontrollierbaren Macht potenziert, sollte es unter der freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes nicht mehr geben. Die Aufgaben und Befugnisse von Verfassungsschutz und Polizei sind somit von den Verfassern des Grundgesetzes bewusst voneinander getrennt und als föderale Länderangelegenheit ausgestattet worden.

Diesem Grundsatz folgend beobachten derzeit das Bundesamt für Verfassungsschutz als Zentralstelle und die 16 Verfassungsschutzbehörden der Länder, die teilweise als Landesämter, teilweise als Abteilungen der Innenministerien organisiert sind, extremistische und terroristische Bestrebungen sowie geheimdienstliche Tätigkeiten im Inland. Der Bundesnachrichtendienst ist für die Auslandsaufklärung und der Militärische Abschirmdienst für die Sicherheit der Bundeswehr verantwortlich. Die so gewonnenen nachrichtendienstlichen Erkenntnisse können an die Polizei des Bundes und der Länder weitergegeben werden, müssen es aber nicht in jedem Fall (Opportunitätsprinzip). Die Polizei ihrerseits wird bei einer konkreten Gefahrenlage aktiv und ist bei dem Vorliegen von Straftaten zum Einschreiten verpflichtet (Legalitätsprinzip).

Entwicklungsperspektiven des Verfassungsschutzes

Das so festgelegte föderale Organisationsprinzip von Verfassungsschutz einerseits und Polizei andererseits hat sich in den letzten 50 Jahren bewährt, sowohl in der Ost-West-Auseinandersetzung wie auch im Kampf gegen die 'Rote Armee Fraktion'. Der islamistische Terrorismus macht jedoch Anpassungen im Sicherheitssystem erforderlich.

Notwendig ist insbesondere die schnelle Erstellung und Angleichung von qualitativ hochwertigen, belastbaren Lagebildern in zeitkritischen Gefährdungslagen, die als Entscheidungsbasis für sicherheitsbehördliche Maßnahmen dienen. Hierzu sind zum einen ausreichende personelle und finanzielle Ressourcen wie auch eine internationale Zusammenarbeit der Nachrichtendienste erforderlich. Darüber hinaus muss ein effektives und schnelles Informations- und Wissensmanagement innerhalb der Landesbehörden sowie im Verbund der deutschen Verfassungsschutz- und Polizeibehörden implementiert werden. Der alte geheimenschutzrechtliche Grundsatz "Kenntnis nur wenn nötig" darf keine Barriere mehr für einen umfassenden europaweiten Datenaustausch darstellen.

Eine Ablösung des bestehenden Systems durch eine zentralistische Megabehörde sollte aber nicht in Betracht gezogen werden. Die "Sicherheit aus einer Hand" im Sinne eines ganzheitlichen Bekämpfungsansatzes kann nach wie vor nur die Landesebene gewährleisten, die sowohl für Verfassungsschutz, wie Polizei, Ordnungs- und Ausländerbehörden die politische Verantwortung trägt und aufgrund ihrer Ortsnähe unverzichtbare Regionalkenntnisse besitzt. Flache Hierarchien sichern schnelle Entscheidungen in allen exekutiven und legislativen Fragestellungen. Dem gegenüber ist der Aufwand und der Stillstand der Sacharbeit, der mit großen Strukturveränderungen stets verbunden ist, ebenso wie die Fragen nach Verantwortlichkeit und Kontrollierbarkeit bei jeder Debatte um Zusammenlegung der Behörden mit zu berücksichtigen. Darüber hinaus besteht auch die Gefahr, dass sich das latent bestehende Misstrauen der Öffentlichkeit gegenüber den Sicherheitsbehörden, insbesondere dem Verfassungsschutz, erhöhen könnte, wenn die gewaltenteilenden Mechanismen des Grundgesetzes beseitigt werden.

Vor dem Hintergrund dieser Argumente erscheint es angemessen, statt einer Zentralisierung die Schwachstellen der dezentralen Gliederung zum Anlass zu nehmen, die bewährte Sicherheitsarchitektur gezielt zu optimieren. Erste Schritte zur qualitativen und quantitativen Effizienzsteigerung wurden unmittelbar nach dem 11. September 2001 eingeleitet und seitdem kontinuierlich fortgesetzt:

- : Noch im September 2001 begann das Bundeskriminalamt (BKA), ein tägliches bundesweites spezifisches Lagebild einschließlich Gefährdungslagebeurteilung zu erstellen. Einbezogen wurden die Erkenntnisse des Bundesamtes für Verfassungsschutz, des Bundesnachrichtendienstes, des Bundesgrenzschutzes, der Landesämter für Verfassungsschutz, der Landeskriminalämter und weiterer Quellen. Diese Sicherheitsbehörden liefern zudem Informationen zu einzelnen themenbezogenen Lagebildern, beispielsweise zu den Netzwerken arabischer Mudjahedin.
- : Eine Vielzahl sicherheitsrelevanter Vorschriften wurden in die Verfassungsschutzgesetze des Bundes und der Länder eingefügt. Besonders wichtig für die globale Beobachtung sind die neuen Auskunftsrechte. Banken und Luftverkehrsunternehmen müssen dem Verfassungsschutz Auskunft über Kontobewegungen bzw. Flugreisen von Verdächtigen geben. Ziel ist eine bessere Aufklärung der Logistik und der weltweiten Verbindungen des internationalen Terrorismus. Die Auskunftsrechte gegenüber Post- und Telekommunikationsdienstleistern sollen helfen, die Kontakte und die Kommunikation der Zielpersonen aufzuklären und eine präzisere Vorbereitung der eigentlichen Post- und Telekommunikationsüberwachung – also der G 10-Maßnahmen – ermöglichen.
- : Bund und Länder haben die Sicherheitsbehörden massiv verstärkt. Trotz schwieriger Haushaltslage hat Nordrhein-Westfalen mit zwei Sicherheitspaketen rund 190 Millionen Euro in die Terrorismusbekämpfung investiert. Polizei und Verfassungsschutz erhielten einen beachtlichen Personalzuwachs und wurden durch zusätzliche Gelder in die Lage versetzt, ihre Logistik zu modernisieren. Neue Mitarbeiter verstärken zum Einen die Observationseinheiten des Verfassungsschutzes. Sie beobachten verdeckt Extremisten und ihre Treffpunkte. Zum Anderen wurde ein Arbeitsbereich "Finanzermittlung" beim Verfassungsschutz eingerichtet, der die ökonomischen Grundlagen und Transaktionen der global agierenden islamistischer Netzwerke aufdecken soll.
- : Darüber hinaus hat der Verfassungsschutz seine Kompetenz durch Islam-Experten, die zugleich Arabisch, Türkisch und andere orientalische Sprachen beherrschen, deutlich verbessert. Die veröffentlichten Studien "Die algerischen Terrorgruppen FIS, GIA, GSPC", "Ideologische Hintergründe der 'Al Qaida', "Islamische Charta des 'Zentralrats der Muslime' in Deutschland" und die Ausarbeitungen über sunnitisch arabische Extremisten und zur Psychologie von Selbstmordattentätern sind nur einige Beispiele für die verbesserte Analysefähigkeit des Verfassungsschutzes auf dem Gebiet des islamistischen Extremismus.
- : Bei der Polizei unterstützen insbesondere 60 neue Ermittler beim Staatsschutz, 72 Polizeiexperten im Bereich der Wirtschaftskriminalität und Finanzermittlungen und 35 IT-Fachleute den Kampf gegen den Terrorismus.
- : Die internationale Kooperation mit ausländischen Sicherheitsbehörden, insbesondere auch mit Europol wurde und wird immer weiter intensiviert. In den ausgelegten Netzen verfangen sich gesuchte Topterroristen der Al-Qaida. Einige spektakuläre Ermittlungserfolge haben das internationale Terrornetzwerk geschwächt, aber noch nicht seiner Handlungsmöglichkeiten beraubt.
- : Bundesamt und Landesämter für Verfassungsschutz arbeiten intensiver und offener zusammen denn je. Durch Erweiterung der Koordinierungsrichtlinie (sie regelt die Kooperation der Verfassungsschutzbehörden) wurde die Zentralstellenkompetenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz auf dem Gebiet des islamistischen Terrorismus ausgebaut. Das Bundesamt hat nunmehr die Aufgabe, zentral alle Erkenntnisse im diesem Bereich auszuwerten. Die Länder liefern die dazu erforderlichen Informationen und erhalten im Gegenzug Gesamtauswertungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz. Gemeinsame Analyseprojekte und Facharbeitsgruppen insbesondere zu Themen des islamischen Terrorismus, Proliferation und Wirtschaftsspionage und die Abstimmung des Quelleneinsatzes in den Beobachtungsobjekten vertiefen die Zusammenarbeit und erhöhen die Schlagkraft. Vor dem Hintergrund, dass extremistische Bestrebungen das Internet zunehmend als Plattform für ihre Aktivitäten nutzen wurde unter den

Verfassungsschutzbehörden ein gemeinsamer Archiv-Server entwickelt, der einen besseren Überblick und Zugriff auf extremistische Homepages schafft.

- : Beim BKA wurde ferner ein Informationboard eingerichtet. Ziel ist es, die bei einzelnen Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik vorhandenen Informationen zusammenzuführen, um ganzheitlich Phänomenen, wie dem islamistischen Terrorismus oder der Schleuserkriminalität, entgegenzutreten zu können, die unsere innere Sicherheit beeinträchtigen.
- : Auch auf Landesebene werden alle sicherheitsrelevanten Informationen zusammengeführt. Der schon bestehende regelmäßige Informationsaustausch von Verfassungsschutz-, Polizei- und Ausländerabteilung des Innenministeriums mit dem Landeskriminalamt (LKA) und dem Justizministerium über alle Fragen des islamistischen Extremismus wie auch des Rechtsextremismus ist in den Arbeitsgemeinschaften ISIS (Informationsgruppe Islamismus/innere Sicherheit) und IGR (Informationsgruppe zur Beobachtung und Bekämpfung rechtsextremistischer insbesondere fremdenfeindlicher Gewaltakte) ebenso wie die hausinterne Abstimmung zwischen Verfassungsschutz-, Polizei und Ausländerabteilung in einem Sicherheits-Jour-Fixe institutionalisiert worden.
- : Noch im Aufbau befindlich ist ein elektronisches System der Informationssammlung. Beginnend mit einer schon eingerichteten Amtsdatei "Arabische Mudjahedin" wird derzeit geprüft, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang die Errichtung gemeinsamer Dateien, insbesondere einer Aktenfundstellendatei, für Vorgänge der Verfassungsschutzbehörden und Polizeien und weiteren Sicherheitsbehörden des Bundes über Personen aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus einschließlich des sie unterstützenden islamistischen Extremismus ermöglicht werden kann.

Resümee

Der Beweis, dass eine zentralistische Sicherheitsarchitektur Vorteile im Kampf gegen den islamistischen Terrorismus bietet, ist nicht erbracht. Die bestehende dezentrale Sicherheitsstruktur auf Landesebene kann sicherstellen, dass Verfassungsschutz, Polizei und Ausländerbehörden eng zusammenarbeiten und mit entsprechenden Orts- und Regionalerkenntnissen "Sicherheit aus einer Hand" gewährleisten. Mit den eingeleiteten Optimierungsmaßnahmen sind die bestehenden Sicherheitsbehörden auf dem besten Wege, den sich aus der aktuellen Bedrohungslage ergebenden Anforderungen soweit wie möglich gerecht zu werden.

Eine 100 % Sicherheit kann es aber nicht geben. Ein liberaler und demokratischer Rechtsstaat kann nicht durch polizeistaatliche Methoden und Vollmachten und durch umfassende Erfassungsmechanismen vor extremistischer Bedrohung geschützt werden. In diesem Moment würde sich der Rechtsstaat selbst untreu werden und das Ziel der Terroristen, diesen abzuschaffen, wäre auch ohne revolutionären Umsturz erreicht.

Terroristische Gefahren bekämpfen bedeutet nicht nur eine optimierte Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden, sondern die Verfolgung eines ganzheitlichen präventiven Bekämpfungsansatzes, der schon im Vorfeld die Beteiligung an extremistischen Bestrebungen eindämmt. Hierzu gehört zum einen die intensive Aufklärung der Öffentlichkeit über extremistische Aktivitäten in deutlicher Abgrenzung zu den in der weit überwiegenden Mehrheit friedlich in Deutschland lebenden Muslimen. Zum anderen ist aber auch eine nachhaltige Eingliederungspolitik zur Vermeidung von Parallelgesellschaften erforderlich, die Rekrutierungsraum für den terroristischen Nachwuchs sein können.

7 Kosovo-albanischer Extremismus in Nordrhein-Westfalen?

Am 15. Dezember 2003 wurde Idajet Bequiri, nach eigenen Aussagen Politischer Sekretär (Vorsitzender) der 'Fronti per Bashkim Kombetar Shqiptare' (Front für die nationale Einheit der Albaner – FBKSh), am Grenzübergang Konstanz verhaftet, als er in die Schweiz einreisen wollte. Inzwischen wurde Idajet Bequiri durch die Bundesrepublik Deutschland nach Albanien ausgeliefert. Er lebte davor mit anerkanntem Asylstatus in Belgien, der ihm dort zwischenzeitlich aber wieder aberkannt worden ist.

Bei einer Internetrecherche unter dem Suchbegriff Bequeriri stößt man auf die Internetseiten der FBKSh und ihres militärischen Armes, der 'Armata Kombetare Shqiptare/Albanian National Army' (Albanische Nationalarmee, AKSh/ANA).

Hintergrund

Die AKSh versteht sich als militärische Gruppierung, welche im Dezember 1999 von früheren Angehörigen der 'Befreiungsarmee Kosovos' ('Ushtria Çlirimtare ë Kosovës' – UÇK) mit dem Ziel gegründet worden ist, die Bildung eines Großalbanien zu erreichen, wenn nötig auch unter Einsatz von Gewalt. Wie die Führung der AKSh auf ihrer Homepage im Internet behauptet, hat sie sich seit Beginn des Jahres 2001 an den Gefechten von albanischen Widerstandskämpfern mit den mazedonischen Regierungstruppen beteiligt und dabei unter der Flagge der dortigen 'Nationalen Befreiungsarmee' ('Ushtria Çlirimtare Kombetare' – UÇK Mazedoniens)³ gekämpft. Selbst als die UÇK Mazedoniens am 27. September 2001 nach der Beendigung der Kämpfe und dem Abschluss des Abkommens von Ohrid offiziell ihre Selbstauflösung erklärte, hat sich die AKSh für die Fortsetzung des Befreiungskampfes in allen albanisch besiedelten Gebieten der Region ausgesprochen und seither versucht, entsprechende Strukturen aufzubauen. Zu diesem Zweck gründete sie als politische Bewegung am 27. Juli 2002 in der albanischen Hauptstadt Tirana die FBKSh, in welcher die ehemalige "Albanische Revolutionäre Partei" aus Tirana unter Führung von Gaffur Adili sowie die im Kosovo ansässige albanische 'Partei der nationalen Einheit' unter Führung von Idajet Bequiri aufgegangen sind. Gaffur Adili übernahm die Führung der AKSh, Idajet Bequiri die Funktion eines Politischen Sekretärs und damit die Führung der FBKSh. Er ist innerhalb der FBKSh mit Organisationsfragen und politischen Verhandlungen beziehungsweise der Abgabe von politischen Statements betraut. Die AKSh fungiert nunmehr als militärischer Arm der FBKSh. Neben Angehörigen der UÇK Kosovos haben sich auch Angehörige der im Kosovo tätigen politischen Partei 'Volksbewegung von Kosovo' (LPK) und der ehemaligen UÇK Mazedoniens der AKSh angeschlossen.

Ziele

Erklärtes Ziel von FBKSh und AKSh ist die Abtrennung aller von mehrheitlich mit Albanern besiedelter Gebiete von den Staaten Serbien-Montenegro (Kosovo, Presovo-Tal, Gebiete um Novi Pazar und Ulcinj, Kosova -Lindore), Mazedonien (Gebiete um Tetovo in Nordmazedonien) und Griechenland (Chameria in Nordgriechenland) und deren Vereinigung mit dem albanischen Mutterland in einem neu zu schaffenden

³ Die UÇK Mazedoniens verwendet die gleiche Abkürzung wie die UÇK Kosovos, wobei das "K" in der Abkürzung der 'Nationalen Befreiungsarmee Mazedoniens' für "Kombetar" steht. In der albanischen Sprache bedeutet das Wort "National".

albanischen Nationalstaat. Damit erkennt sie weder die gegenwärtige internationale Vereinbarung zum Kosovo noch das für den Bereich Mazedonien geschlossene Ohrid-Abkommen⁴ vom 13. August 2001 an, welches den Albanern innerhalb des Staates Mazedonien durch eine Verfassungsänderung eine größere Eigenständigkeit gegenüber der slawischen Bevölkerungsmehrheit garantieren soll. Sowohl auf ihren Internet-Homepages, als auch in der von der FBKSh in albanischer Sprache herausgegebenen Zeitung 'Ribashkimi I Shqiperise' erheben FBKSh und AKSh den Anspruch, eine parteiübergreifende Kraft zu sein, welche die Verwirklichung des oben genannten Zieles anstrebt. Ende Dezember 2002 hieß es dazu in einer über die Homepage der AKSh verbreiteten Grußbotschaft zum Neuen Jahr:

"Das Jahr 2003 wird für jeden von uns Albanern ein glückliches Jahr, ein historisches Jahr, ein Jahr, an welches man sich auch nach Generationen noch erinnern wird, denn es wird die entscheidende Phase der Wiedervereinigung unserer ethnischen Gebiete und der in diesen lebenden Albanern in dem lang ersehnten albanischen Nationalstaat auf dem Balkan darstellen."

In diesem Artikel wird auch zum bewaffneten Kampf für die Errichtung eines Großalbanien aufgerufen.

In der FBKSh- Zeitung vom Juni 2003 wird begründet, warum die AKSh zum Beispiel auch im Nord-Kosovo aktiv sein müsse. Dort heisst es, der Krieg sei unausweichlich, wenn alle anderen politischen Mittel keinen Effekt mehr zeigen sollten. Die AKSh befinde sich in einer ersten Phase des innerhalb der Grenzen des ethnischen Albaniens geführten Guerillakampfes, wozu zum Beispiel die jüngste Zerstörung einer Brücke nach Serbien gehöre. Wenn Serbien nicht zügig die Unabhängigkeit Kosovos anerkenne, dann würden die serbisch-montenegrinische Phalanx, Steiner⁵ und die albanischen Kollaborateur sich der zweiten Phase des nationalen Befreiungskampfes gegenübersehen, die zweifellos zu einem allgemeinen albanischen Volkskampf in allen autochthonen Gebieten Albaniens führen werde. Die FBKSh sei ihrerseits wichtig für die Leitung des "diplomatischen" Kampfes und für die Kontrolle über die AKSh beim bewaffneten Volksaufstand, der in Kürze kommen werde, falls die Welt weiterhin die Kolonisierung der albanischen Gebiete als etwas natürliches behandle.

Struktur

Nach Erkenntnissen der UNMIK verfügen AKSh und FBKSh derzeit über eine nicht genau bestimmbare Zahl von Aktivisten und Sympathisanten in Albanien, dem Kosovo, im Presevo-Tal (Südserbien) sowie in den von Albanern besiedelten Gebieten Mazedoniens. Darüber hinaus konnten im Verlauf des Jahres 2003 Bemühungen der FBKSh festgestellt werden, in einer Reihe von westeuropäischen Staaten (insbesondere in der Schweiz, den Niederlanden, in Belgien, Norwegen sowie in Deutschland) durch Aktivisten ein Netzwerk aufzubauen, das der politischen, propagandistischen sowie finanziellen Unterstützung des Kampfes der AKSh auf dem Balkan dienen soll. Die AKSh besteht im Kosovo und Nordmazedonien nach bisherigen Erkenntnissen der UNMIK aus mehreren kleineren Gruppen, welche sich überwiegend aus den dortigen Familienclanstrukturen rekrutieren. Sie finanzieren sich zum einen über Aktivitäten, die der organisierten Kriminalität zuzuordnen sind, zum anderen über Spenden der im übrigen Europa lebenden Albaner.

⁴ Das Abkommen von Ohrid wurde am 13. August 2001 unter der Vermittlung der NATO und der UNO als Friedensabkommen zwischen den verschiedenen Bevölkerungsteilen der Republik Mazedoniens als Rahmen für eine Integration und ein künftiges friedliches Zusammenleben abgeschlossen.

⁵ Michael Steiner war 2002 und 2003 Leiter der UNMIK, der 'United Nations Interim Administration Mission in Kosovo' (Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des Kosovo).

Aktivitäten der AKSh im Ausland

Soweit bisher bekannt, hat die AKSh im Spannungsgebiet Kosovo und Nord-Mazedonien Terroranschläge mit Handfeuerwaffen, Granatwerfern und Sprengsätzen durchgeführt. In einem Fall bekannte sich die AKSh zu einer Geiselnahme, mit der sie zuvor festgenommene Gesinnungsgenossen freipressen wollte. Die AKSh hat sich im Internet seit 2001 zu einer Reihe von Anschlägen bekannt. Diese Aktionen wurden überwiegend in den von Albanern besiedelten Gebieten der Republik Mazedonien, Südserbiens sowie des unter UN-Verwaltung stehende Kosovo durchgeführt. Der AKSh soll für die Unruhen im März 2004 im Norden des Kosovos mitverantwortlich gewesen sein.

Aktivitäten der FBKSh in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen

Die Aktivitäten der FBKSh in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen bestehen im wesentlichen aus Saalveranstaltungen in öffentlichen Gebäuden und in albanisch geprägten Arbeiter- und Kulturvereinen, welche sowohl der Vorstellung und Propagierung ihrer Ziele, als auch der Spendengewinnung dienen. In diesem Zusammenhang ist auch wiederholt Idajet Bequiri, als Redner aufgetreten.

Konkretisierbare Anhaltspunkte für sicherheitsgefährdende Absichten oder Aktivitäten von Anhängern der FBKSh beziehungsweise ihres militärischen Arms AKSh gegen Einrichtungen oder Personen in Nordrhein-Westfalen haben sich bisher nicht ergeben. Aber die in Deutschland durchgeführte Propaganda und die von hier aus gewährte finanzielle, personelle und materielle Unterstützung der terroristischen Gewalt im Ausland, welche auf die Revidierung bestehender Grenzen und die Errichtung eines ethnisch bestimmten albanischen Nationalstaates abzielt, gefährden die deutschen außenpolitischen Interessen. Dies gilt insbesondere angesichts der ohnehin durch die Kriegswirren der vergangenen Jahre immer noch politisch und wirtschaftlich instabilen Lage auf dem Balkan und insbesondere im Kosovo und den Anrainerstaaten, die sich durch Aktivitäten der zuvor beschriebenen Art sehr schnell wieder zu einem größeren Konflikt entwickeln kann. Dabei verstößt die von der FBKSh und der AKSh angestrebte gewaltsame Veränderung international anerkannter Grenzen gegen den Gedanken der Völkerverständigung und richtet sich überdies gegen das friedliche Zusammenleben der Völker.

Unter den in Nordrhein-Westfalen lebenden Albanern stoßen die Propaganda und die Spendenaufrufe der FBKSh bisher nur auf eine vergleichsweise geringe Resonanz. Allerdings könnte die Agitation der FBKSh vor dem Hintergrund der anhaltenden Krisensituation im Kosovo (wirtschaftliche Lage, verwehrtete Unabhängigkeit im Kosovo, Exekutivmaßnahmen gegen albanische "Freiheitskämpfer") und dem denkbaren Zuzug von führenden Funktionären nach Nordrhein-Westfalen in Zukunft möglicherweise doch auf fruchtbareren Boden fallen als bisher.

Maßnahmen gegen die FBKSh und AKSh im nationalen wie internationalen Bereich

Exekutive Maßnahmen zur Bekämpfung der FBKSh/AKSh sind bisher sowohl von den unmittelbar betroffenen Staaten Serbien und Montenegro und Albanien als auch von der UNMIK und den USA eingeleitet worden. Beispielhaft sei die Direktive 2003/9 der UNMIK vom 17. April 2003 genannt, welche die AKSh zu einer terroristischen Organisation erklärt; außerdem die Aufnahme von führenden Funktionären der AKSh und FBKSh in die Terrorliste der USA. Zu nennen sind auch die internationalen Haftbefehle der Republik Albanien vom September 2003 gegen Idajet Bequiri (der mittlerweile vollzogen ist) und Gaffur Adili wegen der Zugehörigkeit zu einer terroristischen Vereinigung und Aufstachelung zum Rassenhass.

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zu Gunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Impressum

Herausgeber

Innenministerium
des Landes Nordrhein-Westfalen
- Verfassungsschutz -
Haroldstraße 5
40213 Düsseldorf
Telefon: 0211/871 - 2980
Telefax: 0211/871 - 161190
bestellung@im.nrw.de
www.im.nrw.de/verfassungsschutz
Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Genehmigung des Herausgebers.